©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RUDOLF VON ALBERTINI

# ZUR BEURTEILUNG DER VOLKSFRONT IN FRANKREICH (1934—1938)

Kaum ein anderes Ereignis der französischen Geschichte der dreißiger Jahre hat die Gemüter so erregt und hat so sehr im Mittelpunkt der politisch-ideologischen Diskussion gestanden wie die Bildung der Volksfront und das „Experiment Léon Blum" – und zwar innerhalb wie außerhalb Frankreichs. Während in den meisten europäischen Staaten die große Wirtschaftskrise abflaute, die Produktion wieder anstieg und die Arbeitslosigkeit zurückging, während in Deutschland Hitler seine Macht konsolidierte, die Aufrüstung mächtig vorantrieb und zu seinen ersten aufsehenerregenden Aktionen ansetzte, bildete sich in Frankreich die Volksfront, eine Koalition von Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten, die 1936 einen durchschlagenden Wahlerfolg erzielte. Léon Blum übernahm die Leitung eines sozialistisch-radikalsozialistischen Kabinetts und realisierte in kurzer Zeit ein reichhaltiges Programm von Sozialreformen. Das „Experiment Blum" dauerte faktisch zwar nicht viel länger als ein Jahr, aber die außenpolitische Situation Frankreichs und damit Europas, das Parteiensystem, die französische Wirtschaft, die Beziehungen der Sozialpartner, aber auch die französische Armee sind entscheidend davon beeinflußt worden. Hat die Volksfront Frankreich vor dem Faschismus gerettet und in sozialistischem Geiste innerlich erneuert, oder handelte es sich um einen Sieg der „Roten", der die französische Wirtschaft und die militärische Widerstandskraft desorganisiert hat? Die parteipolitischen und ideologischen Gegensätze verhärteten sich, die Klassenkonflikte in Frankreich wurden weiter verschärft; die Auseinandersetzung für oder gegen die Volksfront war lebhaft bis zur Katastrophe von 1940. Im Zeichen der „Nationalen Revolution" hat der Vichy-Staat im Prozeß von Riom 1942 die Träger der Volksfrontpolitik vor Gericht gezogen, um sie für die Niederlage verantwortlich zu machen und gleichzeitig das parlamentarische System zu kompromittieren. Nach 1945 erfolgte in den Kollaborations-Prozessen und in der großen parlamentarischen Untersuchung der Gegenstoß. Aber noch heute sind die Geister nicht zur Ruhe gekommen, noch immer scheint ein sachlich-kritisches Urteil bei den beteiligten Gruppen kaum möglich.

Da bisher nur Einzelaspekte näher untersucht worden sind und auch diese meist nur in einem größeren Zusammenhang, kann es sich im folgenden nicht darum handeln, die fehlende Detailforschung nachholen zu wollen. Nur ein Aufriß ist bezweckt, der das Phänomen einzuordnen und in möglichst objektiver Weise Leistung und Fehlleistung, Erfolge und Mißerfolge abzuklären versucht[1].

1. Es besteht kein Zweifel, daß die Volksfront nur von den Ereignissen des 6. Februar 1934 her verständlich gemacht werden kann. Diese Bezugnahme wurde

[1] Ich möchte Herrn R. Dufraise (Châlons-sur-Marne), der mir ein Manuskript über die franz. Arbeiterbewegung 1929–1939 zur Verfügung stellte und eine Reihe zusätzlicher Fragen brieflich beantwortete, meinen besten Dank aussprechen. – Einige Hinweise zur Haltung der kommunistischen Partei verdanke ich meinem Assistenten, Herrn Dr. Siegfried Bahne.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



nicht nur schlagwortartig für den Zusammenschluß selbst und dann rückblickend zur Rechtfertigung der Volksfront verwendet, sondern darf auch als objektiv begründet angesehen werden. Es ist fraglich, ob es ohne diese Pariser Unruhen, die eine faschistische Gefahr von unerwarteter Aktualität anzuzeigen schienen, zu einer so geschlossenen Aktionsgemeinschaft der Linksparteien und -gruppen gekommen wäre.

An sich allerdings war bereits der 6. Februar eine Art Reaktion. Seit 1930 etwa traten die Krisenerscheinungen im politischen Regime der Dritten Republik immer offener zutage: mehrere Kabinette wurden gestürzt; man weigerte sich, alte Positionen aufzugeben und versäumte die Anpassung an die neuen Probleme; im Zeichen der Wirtschaftskrise versagten Regierung und Parlamentarier; sie vermochten nicht mehr, dem Lande die notwendige Stabilität und Führung zu geben; Skandalaffären kompromittierten zudem das Parlament und das politische Personal. Man kann von einer wachsenden Spannung zwischen „pays légal" und weiten Kreisen des „pays réel" sprechen, von einer zunehmend sichtbar werdenden Vertrauenskrise, die das Regime belastete und zu parteiinternen Konflikten wie zu mannigfachen Erneuerungsbewegungen (Esprit, Ordre nouveau u. a.) führte. Vor allem profitierten davon die militanten Ligen (Camelots du Roi der Action française, Jeunesses Patriotes, Croix du Feu u. a.), die mit einer deutlichen Spitze gegen das Parlament einen rechtsautoritären Kurs propagierten[2]. Ob man von einem französischen Faschismus sprechen kann, ist fraglich und hängt von der Begriffsbestimmung ab[3]. Ansätze dazu waren zweifellos vorhanden: die polemische Auswertung einer berechtigten Kritik am parlamentarischen Regime, die Suche nach neuen Formen politischer Aktivität, nationalistische Strömungen, die gegen die „schwache und verräterische Demokratie" mobil gemacht wurden, die Transformierung von Frontkämpferverbänden in politische Bewegungen bei gleichzeitiger Übernahme faschistischer Ideologiegehalte und paramilitärischer Organisationsformen. Es handelte sich jedoch um keine geschlossene Partei oder Bewegung; die verschiedenen Gruppen und Ligen standen unkoordiniert nebeneinander, ohne Massenführer im eigentlichen Sinn und auch ohne den entschiedenen Willen zur Macht.

Am 6. Februar 1934 kamen – nachdem mehrere kleinere Zwischenfälle vorausgegangen waren – diese antiparlamentarischen Ligen zum Zuge; sie standen bei den Unruhen, beim Vormarsch der Demonstranten gegen das Palais Bourbon in vorderster Front und gaben der Aktion ihr Gepräge. Aber kann man von einem eigentlichen Staatsstreichversuch sprechen? An der Demonstration haben sich ganz verschiedene

[2] Karl Braunias, Staatskrise und Staatsreform in Frankreich, in: Jahrb. d. öff. Rechts, Bd. 23, 1936, S. 88ff. René Rémond, La Droite en France de 1815 à nos jours, Paris 1954, S. 199ff. H. Maizy, Les groupes antiparlémentaires de Droite 1935–1940, Thèse des Institut des Etudes Politiques, Paris 1954 (Maschinenschrift).

[3] Von radikalsozialistischer und sozialistischer Seite wurde und wird natürlich durchgängig von Faschismus gesprochen. Sorgfältig abwägend und im wesentlichen negativ jedoch Rémond a.a.O., S. 205. Die Leugnung eines franz. Faschismus 1934 geht wohl aber zu weit. Dazu noch Raoul Girardet, Note sur l'esprit d'un fascisme français (1934–1939) in: Revue française de Science politique V/3, 1955.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Gruppen und Organisationen beteiligt, selbst die kommunistische Partei hatte in der „Humanité" gegen die Regierung Daladier Stimmung gemacht und zur Teilnahme aufgerufen – im Sinne einer Diskreditierung der Republik und als „agents provocateurs". Die verschiedenen Organisationen hatten ihr Vorgehen nicht abgestimmt, und eine eigentliche Führungsgruppe war nicht sichtbar geworden. Über den Fortgang der Aktion – sofern das Palais Bourbon „erobert" worden wäre – bestand Unklarheit[4]. Ein geplanter Staatsstreich hätte sich auch weniger gegen das Parlament als gegen die Machtzentren des modernen Staates gerichtet; die Parole „A bas les voleurs" erinnerte stark an die Boulangeraffäre. Die Unruhe legte sich zudem erstaunlich schnell, als Daladier zurücktrat und der 72jährige Doumergue eine Regierung der Union Nationale bildete.

Von einer unmittelbaren faschistischen Gefahr wird man also nur bedingt sprechen dürfen[5]. Die Unruhen des 6. Februar 1934 standen im Zeichen der Vertrauenskrise gegenüber den Parteien und dem Parlamentarismus – verschärft noch durch die unmittelbar vorausgegangene Stavisky-Affäre, die eine allgemeine Korrumpierung der Abgeordneten zu beweisen schien. Es handelte sich mehr um eine großangelegte Demonstration und Protestbewegung, nicht aber um eine politische Aktion mit dem bestimmten Ziel des Umsturzes und der Machtergreifung.

Damit soll die Bedeutung des 6. Februar nicht geschmälert werden. Allein schon die Tatsache, daß eine von den Ligen angeführte Straßendemonstration eine Regierung, die an sich mit der Stavisky-Affäre nichts zu tun hatte, zur Demission zwingen konnte, zeigte die Gefahr für die Republik. Die Polizei hatte teilweise versagt; der eben abgesetzte Polizeipräfekt Chiappe, der Sympathien für die Ligen bekundet hatte, war an den Unruhen vom 6. Februar maßgeblich beteiligt. Bekannt war auch, daß die Ligen in Armeekreisen viele Anhänger zählten. Im übrigen zeigten gewisse bürgerliche Kreise ihr Interesse für Mussolini und wurden in zunehmendem Maße antiparlamentarischen, rechtsautoritären Gedankengängen zugänglich. Die Verfassungsreformvorschläge von Doumergue – Tardieu wurden allzu deutlich unter diesen Aspekten propagiert, Doumergue selbst gab nach seiner Demission seiner Sympathie für die Ligen Ausdruck.

So hat denn der 6. Februar zweifellos das Zeichen zum Widerstand gegeben und die Bildung der Volksfront ermöglicht. Als „défense républicaine" wird man die Bewegung, die zu ihr führte, in erster Linie zu verstehen haben, auch wenn man die parteitaktischen Aspekte kennt und in Rechnung stellt. Der Auftrieb, den nun die „Militants" der Linken erhielten, die plötzliche Aktivität von Intellektuellen, die Kampfstimmung schließlich vor, während und nach den Wahlen von 1936 müssen als Positivum bewertet werden, insofern als sich die Träger der demokratisch-

[4] Rémond a.a.O., S. 207, François Goguel, La politique des partis sous la troisième République, Paris 1946, S. 487–488.

[5] Publizisten und Historiker der Volksfront sprechen natürlich durchweg von einem Faschismus „ante portas", z. B. Marceau Pivert, Juin 1936 et les défaillances du mouvement ouvrier, in: Revue socialiste No. 98, 1956, S. 4; Edouard Dolléans, Histoire du Mouvement ouvrier, Bd. III, Paris 1953, S. 151.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



republikanischen Tradition auf diejenigen Werte besannen, die es zu verteidigen galt. Allerdings entstand die Volksfront nicht über Nacht, obschon man es später propagandistisch so darzustellen beliebte. Beträchtliche Widerstände innerhalb der verschiedenen Parteien mußten vorher überwunden werden. Die Deflationspolitik der Regierungen und vor allem die Haltung Lavals in der Abessinienfrage haben dabei eine wesentliche Rolle gespielt und den Eindruck, faschistische Kräfte seien in Frankreich bereits am Werke, verstärkt.

2. Die ersten Anstrengungen galten der „Einheitsfront" (Front unique) von sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gewerkschaften. Die „Einheit des Proletariats", die 1920/21 verloren gegangen war, sollte wiederhergestellt werden. Dieses Ziel war besonders populär bei den „Militants", den aktiven Genossen in den Organisationen, während sich die Führer vorerst zurückhielten. Die Militants sahen ihr altes sozialistisch-syndikalistisches Kampfideal, das an die Einheit der Arbeiterschaft gebunden war, wieder aktiviert und drängten Führer und Spitzenfunktionäre zur Aufgabe ihres Widerstandes. Es war wesentlich diesem Druck von unten zuzuschreiben, daß sich die sozialistischen Parteiführer, insbesondere auch Léon Blum, auf die Einheitsfront mit den Kommunisten einließen. Dies wird man im Auge behalten müssen.

Obschon die kommunistische Partei am 6. Februar gegen die Regierung Daladier agitiert hatte, versuchten linksorientierte Vertreter der sozialistischen Départementsorganisationen Seine und Seine-et-Oise die Kommunisten zu einer gemeinsamen Aktion „gegen den Faschismus" zu gewinnen, stießen aber auf Ablehnung[6]. Die Kommunisten demonstrierten am 9. Februar allein. Am 24-stündigen Generalstreik und an der Großdemonstration des 12. Februar, die von der Confédération Générale du Travail (CGT), der Ligue des Droits de l'Homme und der sozialistischen Partei (SFIO) organisiert worden war, beteiligten sie sich dann ebenfalls; doch hatte ihre Führung die Losung dazu erst im letzten Moment ausgegeben. Die Begründung lautete, daß die PCF und die Confédération Générale du Travail Unitaire (CGTU) bei einer solchen Demonstration nicht fehlen durften[7]. Der 12. Februar war die erste Großkundgebung, bei der die beiden Arbeiterparteien und Gewerkschaften wiederum gemeinsam protestierten. Zugleich fanden sie auch bereits den Anschluß an die bürgerliche Linke. Namentlich bei den Militants der Lokalorganisationen fand die gemeinsame Demonstration gegen den Faschismus Widerhall.

Von einer eigentlichen Einheitsfront war man aber noch weit entfernt. An sich hatte die kommunistische Partei seit langem diese Parole ausgegeben, aber in ihrem Sinn bedeutete sie: Zusammenschluß an der Basis bei gleichzeitiger Frontstellung gegen die sozialistischen Führer; also Gewinnung der Anhängerschaft, Unterwande-

---

[6] Gérard Walter, Histoire du Parti Communiste Français, Paris 1948, S. 252.

[7] Franz Borkenau, Der europäische Kommunismus, München 1952, S. 107 behauptet, die Initiative sei vom Vertreter der Komintern in Paris ausgegangen. Nach Boris Nikolajewsky, Stalin, Kirow und der Faschismus, in: Ostprobleme IX (1957), Nr. 15, wäre die Kursänderung auf dem gleichzeitig stattfindenden XVII. Parteitag der KPdSU beschlossen worden unter Führung Kirows, und zwar unter dem Eindruck der Nachrichten aus Paris.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



zogen und war dem Völkerbund beigetreten; ein Beistandspakt – von den Rechtspolitikern Barthou und Laval vorbereitet und unterzeichnet – verband die beiden Länder. Das traditionelle marxistisch-syndikalistische Credo bildete noch immer die Basis der französischen Arbeiterbewegung. Seit der Spaltung 1920 hatte sich die neue SFIO zwar sehr klar gegen den Kommunismus und vor allem dessen sowjetische Prägung totalitären Charakters abgegrenzt und die Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte betont, andererseits aber jede „reformistische Aufweichung" zurückgewiesen. Der Klassenkampf, die Interpretation der Dritten Republik als einseitig bürgerlichen Staates, selbst die Diktatur des Proletariats als Übergangsregime zum Sozialismus und damit der Hinweis, daß man sich im entscheidenden Moment der Revolution nicht an die Legalität gebunden fühlen könne, bezeichneten weiterhin die ideologische Ausrichtung. Eine Beteiligung an einer radikalsozialistischen Regierung war immer wieder abgelehnt worden. Léon Blum hat jeweils zwischen einem linken und einem rechten Parteiflügel vermitteln müssen und mit dialektischer Gewandtheit eine gemeinsame Basis gefunden[13]. Die Machtergreifung Hitlers führte zu einer Verschärfung der parteiinternen Richtungskämpfe und 1933 zur Abspaltung des reformistischen Flügels der Neo-Sozialisten unter Renaudel und Déat[14]. Damit bekam der Druck von links größeres Gewicht, um so mehr als er sich innerhalb einer Parteistruktur, die den regionalen Verbänden weitgehende Bewegungsfreiheit ließ, auf einige traditionell linksorientierte Organisationen stützen konnte. Die weitgehende innerparteiliche Demokratie der SFIO hat somit die Tendenz zur Einheitsfront verstärkt. Als die Frage dieser Einheitsfront entschieden werden mußte, hatte die Parteiführung die Kontrolle weitgehend verloren und dem Druck der Militants nachgegeben. Die Ideologie hatte über politische Überlegungen gesiegt.

Es stellte sich nun die Frage, ob die Sozialisten dem Druck der zentral geleiteten kommunistischen Partei genügend Widerstand leisten würden und eine „noyautage", die man – mindestens anfänglich – als Gefahr durchaus erkannte, vermeiden könnten. Von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen SFIO und PCF konnte jedenfalls keine Rede sein. Die Klagen aus den Reihen der sozialistischen Militants häuften sich[15]. Die Kommunisten verheimlichten ihre eigentlichen Ziele nicht: sowohl auf dem VII. Kongreß der Komintern (Juli–August 1935) wie auf dem VIII. Parteikongreß der PCF (Januar 1936) wurde recht offen dargelegt, daß die neue Politik der Einheitsfront der Unterwanderung gegnerischer Organi-

---

[13] Texte wieder abgedruckt in: Revue socialiste, Juni–Juli 1950. Dazu B. Mirkine-Guetzévitch, La République parlementaire dans la pensée politique de Léon Blum, in: Revue socialiste, Jan. 1951. Der revolutionäre Ideologiegehalt wird hier jedoch weitgehend verschwiegen und somit die Problematik verkannt. Vgl. auch Joel Colton, Léon Blum and the French Socialists as a government party, in: The Journal of Politics, Vol. XV. 1953/4.

[14] Über die parteiinterne Diskussion neuerdings John T. Marcus, French Socialism in the crisis years 1933–1936, New York 1958. Die Schwäche der SPD vor und nach der Machtergreifung Hitlers habe den linken Flügel gestärkt, S. 14, 20, 37.

[15] Borkenau a.a.O., S. 125–126.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



sationen dienen und der kommunistischen Partei die Ausweitung ihrer Massenbasis erlauben solle. Dimitrov prägte – allerdings in anderem Zusammenhang – das Schlagwort vom „trojanischen Pferd", während Thorez betonte, daß die PCF selbstverständlich weiterhin die „französischen Sowjets" anstrebe. Die Volksfront sei dazu nur Mittel und Vorbereitung[16].

Es waren vor allem die Kommunisten, die die Einheitsfront sogleich zum „Front Populaire du travail, de la liberté et de la paix", d. h. zur Eingliederung der bürgerlichen Linken, insbesondere der Radikalsozialisten, erweitern wollten. Annäherungsversuche sogar an die Linksgruppen innerhalb des französischen Katholizismus setzten ein. Im Interesse der sowjetischen Außenpolitik sollte der Anschluß an den Radikalsozialismus gesucht werden, da dies für die Aufrechterhaltung des franko-russischen Paktes notwendig erschien. Im übrigen galt es, Aktivität und Initiative zu zeigen, die Bewegungsfreiheit gegenüber den Sozialisten zu bewahren und durch die Wendung nach rechts bestehendes Mißtrauen gegenüber der PCF zu zerstreuen. Die „classes moyennes" und die Bauern sollten nicht nach rechts gedrängt, sondern durch Unterstützung ihrer unmittelbaren materiellen Forderungen in die Aktionsgemeinschaft des Antifaschismus einbezogen werden. (Hier hatte man zweifellos seit der Machtergreifung Hitlers hinzugelernt!) Dazu bedurfte es freilich einiger taktischer Anpassungen: Die PCF gab das Nationalisierungsprogramm auf – und geriet damit in Konflikt mit der Linksgruppe der SFIO, welche an Revolution und Klassenkampfideologie festhielt und der VF ohnehin kritisch gegenüberstand. Vor allem aber setzte nun die vielbeachtete Wendung in der nationalen Frage und in der Stellungnahme zur Landesverteidigung ein. Thorez begann von „le pays que nous aimons" zu sprechen, berief sich auf das aufklärerische Erbe, die Große Revolution, später sogar auf Jeanne d'Arc. In der Frage der Landesverteidigung wurde die alte Position anfangs noch aufrechterhalten[17], bis unvermittelt Stalin eingriff. Anläßlich der Unterzeichnung des französisch-russischen Beistandspaktes am 15. 5. 1935 erklärte er, daß er die Notwendigkeit einer französischen Landesverteidigung und die Bereitstellung der dazu erforderlichen Kredite voll anerkenne. Was diese völlige und konsequent durchgeführte Schwenkung genau besagen sollte, hat Thorez nicht verschwiegen: es gehe um die Unterstützung Sowjetrußlands gegen einen kommenden Angriff Hitler-Deutschlands; wer sich mit Rußland verbünde, könne nicht mehr als imperialistisch bezeichnet

[16] Milorad M. Drachkovitsch, De Karl Marx à Léon Blum, Genf 1954, S. 105. Maurice Paz, Echec de 1936, in: La Nef Nr. 65/66, 1950, S. 104. Belege auch bei Georges Izard, Où va le communisme, Paris 1936, S. 49f. VII. Congress of the Communist International. Abridged Stenographic Report of Proceedings, Moskau 1939, S. 160 (Dimitrow), vgl. 92 (Cachin), 218f. (Thorez).

[17] Zum Beispiel Thorez am 15. 3. 1935: „Nous ne permettrons pas qu'on entraîne la classe ouvrière dans une guerre dite de défense de la démocratie contre le fascisme. Les communistes ne croient pas au mensonge de la défense nationale", und am 30. 3. 35: „Nous invitons nos adhérents à pénétrer dans l'armée afin d'y accomplir la besogne de la classe ouvrière qui est de désagréger cette armée", zit. bei Conquet, L'énigme des blindés, Paris 1956, S. 147, Anm. 19; ebenfalls Ostprobleme VII, S. 619.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



werden; in einem Kampf gegen Sowjetrußland jedoch verweigere die PCF jede Unterstützung[18]!

Trotz dieser bezeichnenden Einschränkung hat erst die Frontschwenkung in der Frage der Landesverteidigung den Anschluß der Radikalsozialisten an die Volksfront ermöglicht. Zwar hatte sich auf Seiten der bürgerlichen Linken schon bald nach dem 6. Februar ein „Comité de vigilance des intellectuels antifascistes" mit prominenten Persönlichkeiten (u. a. Langevin, Alain) gebildet. Zusammen mit der ebenfalls aktivierten „Ligue des Droits de l'Homme" nahm es die Auseinandersetzung mit den antiparlamentarischen Gruppen auf. Es propagierte die Verteidigung der Republik und mußte sich in seiner von parteipolitischen und konkreten Fragen wenig belasteten Haltung durch die Idee der Volksfront besonders angezogen fühlen. In der radikalsozialistischen Partei jedoch bestand vorerst ansehnlicher Widerstand. Während radikalsozialistische Minister (darunter Herriot) noch an den Rechts-Regierungen beteiligt waren, kam die Parteilinke der „Jungtürken" (Pierre Cot, Jean Zay, Pierre Mendès-France) indessen schrittweise zum Zuge[19]. Die alte Garde der Partei war durch den Stavisky-Skandal geschwächt und nun dem Druck von links ausgesetzt. Dabei übernahm Daladier, der seit Jahren den Linkskurs propagiert hatte und gewissermaßen die jakobinische Tradition der Partei verkörperte, die Führung, während Herriot sich eindeutig zurückhielt. Nur im Interesse der Parteieinheit fügte er sich der Kongreßentscheidung, mit der die Beteiligung an der Volksfront beschlossen wurde. Im Zeichen des Antifaschismus konnte nun die alte „défense républicaine", der Zusammenschluß der „Gauche" gegen die „Reaktion" – einstweilen ohne Rücksicht auf die divergierenden Wirtschaftsprogramme – mobilisiert werden. Der italienische Angriff in Abessinien, die Politik Lavals, die Aktivität der Ligen und zweifellos auch die Deflationspolitik mit ihrer Rückwirkung auf die Parteianhängerschaft[20] haben dieser Bewegung nach links Auftrieb gegeben. Weiter wird man die Tradition des „pas d'ennemis à Gauche" in Rechnung stellen müssen, die Angst also, den Anschluß an die Linke zu verlieren und nach rechts gedrängt zu werden. Außerdem mußten sich die in der radikalsozialistischen Partei so zahlreich vertretenen Freimaurer durch den Aufstieg Hitlers ganz besonders bedroht fühlen.

Der 14. Juli 1935 darf als erster Höhepunkt der Volksfrontbewegung bezeichnet werden. 10000 Delegierte von 69 Parteien, Organisationen und Gruppen bezeugten ihren Zusammenschluß durch die etwas theatralische Geste eines Schwurs; anschließend defilierten eine halbe Million Manifestanten, an ihrer Spitze auch Daladier, mit erhobener Faust! Es war den Kommunisten zweifellos gelungen, mit ihren geschickten taktischen Anpassungen die Führung der Bewegung zu übernehmen und als aktivste Träger der Volksfrontidee in Erscheinung zu treten. Die

[18] Borkenau a.a.O., S. 130. Ostprobleme VII, S. 619. Izard a.a.O., S. 17f.

[19] Jaques Kayser, Souvenirs d'un militant (1934–1939) in: Cahiers de la République, 1958/12.

[20] Darüber gut Henry W. Ehrmann, French Labor, from Popular Front to Liberation, New York 1947, S. 5–19.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Initiative war seit dem Abschluß des Paktes mit der SFIO weitgehend an sie übergegangen. Die neue Taktik trug denn auch bald ihre Früchte: die Mitgliederzahl der PCF stieg rapid, und die Kaderpartei konnte sich zur Massenpartei ausweiten[21]. Aber man wird den 14. Juli nicht nur unter diesem Aspekt sehen dürfen: die ehrliche Begeisterung der Manifestanten, die ihren Willen zur Verteidigung der Republik und der demokratischen Freiheiten, ihre Opposition gegen wirklichen und vermeintlichen Faschismus zum Ausdruck bringen wollten, war offenkundig und bleibt als solche beachtlich[22]. Allerdings wird man sich rückblickend fragen, ob Veranstalter und Demonstranten auch bereit waren, aus ihrer Kampfansage an den Faschismus die Konsequenzen zu ziehen und etwa dem Problem der Aufrüstung entsprechende Beachtung zu schenken.

Der 6. Februar 1934 hat auch die CGT aufgeschreckt und ihre traditionelle Mißachtung des politisch-parlamentarischen Lebens in Frage gestellt. Nach dem erfolgreichen Generalstreik vom 12. Februar – es war eigenartigerweise eine Aktion mit ausschließlich politischem Gehalt – nahm die CGT Verbindung zu anderen nicht-parlamentarischen Organisationen auf, während die kommunistische CGTU den Zusammenschluß der Gewerkschaften forderte. Mit der Schwenkung der Komintern und der PCF übernahm dann auch sie die Taktik des Nachgebens: im Juli 1935 wurde die Vereinigung der beiden Spitzenorganisationen der Gewerkschaften beschlossen und in Toulouse im März 1936 durch den ersten gemeinsamen Kongreß sanktioniert[23]. Nach außen setzte sich die CGT durch: die CGTU trat wieder in die „alte CGT" ein, die Unabhängigkeit gegenüber Parteien und Parlament wurde aufrechterhalten, die CGTU akzeptierte die Organisationsstruktur der CGT und verzichtete auf eigene Organisationen innerhalb der Gewerkschaften. Es stellte sich allerdings bald heraus, daß damit im Sinn des CGT nur wenig gewonnen war. Indem die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sprunghaft anstieg, im Jahre 1936 allein von 1 auf 5 Mill., indem insbesondere nun die Privatindustrie erfaßt wurde, deren Belegschaft bis dahin z. T. nur minimal organisiert war, zeigte sich, daß der alten CGT die Kader fehlten, um diesen Massenandrang zu bewältigen. Hingegen konnten die Kommunisten auf ihre Zellenorganisation zurückgreifen und damit einen Vorsprung gewinnen. Sie bemühten sich besonders um die bisher nicht syndikalisierten und die nichtqualifizierten Arbeiter[24], anderseits um die neu ent-

---

[21] 1932: 25000 Mitglieder, 1934: 50000, 1935: 70000, 1936: 329000, 1938: 350000, Communism in Western Europe, hrsg. v. Mario Einaudi, 1951, S. 71.

[22] „Surtout, quelles qu'aient pu être les fautes des chefs, il y avait, dans cet élan des masses vers l'espoir d'un monde plus juste, une honnêteté touchante, à laquelle on s'étonne qu'aucun coeur bien placé ait pu rester insensible." Marc Bloch, L'étrange défaite, Paris 1957, S. 210.

[23] Dazu: Jean Montreuil, Histoire du mouvement ouvrier en France, 1947, S. 450f. Val. R. Lorwin, The French Labor Movement, Cambridge (USA), 1954, S. 67f. Borkenau a.a.O., S. 139f. Ehrmann a. a. O., S. 30–35.

[24] Treffend bemerkt Georges Lefranc: „C'est en entraînant les inorganisés de 1935, ceux qu'ironiquement les vieux militants appellent les 'syndiqués de promotion Blum' que les communistes étendront leur influence sur la CGT", Le syndicalisme en France, Paris 1953, S. 85.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



stehenden Gewerkschaften und gewannen in der Folgezeit die Kontrolle über wichtige Organisationen (Eisenbahnen, Baugewerbe, Textil, Chemie, Metallindustrie u. a.). Die Verachtung des Organisatorischen, die zur syndikalistischen Tradition Frankreichs gehörte, hat zweifellos den Widerstand der alten Gewerkschaften gegenüber dem Organisationstalent der Kommunisten geschwächt[25].

Die Gefahr der Unterwanderung und „Kolonisation" ist von der CGT-Führung vorerst gewiß nur teilweise gesehen worden[26]. Jouhaux etwa hatte zwar den Zusammenschluß keineswegs begeistert begrüßt, sondern – ähnlich wie die Parteiführung der SFIO – dem Drängen der Kommunisten und dem Druck der Militants nachgeben müssen. Aber dann hatte die realisierte Einheit und die Atmosphäre der Volksfront manches anfängliche Mißtrauen zerstreut, zumal man sich wohl auf die stärkere Ausgangsposition verließ. „La psychose de la menace fasciste suscite la mystique de l'unité[27]."

3. Die Ausarbeitung eines kohärenten Programms der Volksfront, das bei einer Übernahme der Regierungsverantwortung maßgeblich sein sollte, erwies sich als schwierig. Der Kampf gegen Faschismus und Ligen und die Polemik gegen die Deflationspolitik waren vornehmlich negative Positionen und boten dafür wenig positive Anhaltspunkte. Die Divergenzen zwischen den Koalitionsparteien zeigten sich bald und zwar in eigenartiger Weise: das von der CGT und der SFIO in den Jahren 1934–35 viel diskutierte „Plan"-Programm, das die Nationalisierung der Schlüsselindustrien und Kreditinstitute vorsah, wurde von den Radikalsozialisten und den Kommunisten abgelehnt[28]! Die Wahlplattform der Volksfront bekam somit einen stark propagandistischen Charakter: Auflösung der Ligen, Polemik gegen die Deflation, aber Vermeidung einer Inflation; „faire payer les riches" im Sinne einer Steigerung der Steuerprogression; Kampfansage an die „200 familles", die angeblich die französische Wirtschaft kontrollierten – ein von Daladier geprägtes Schlagwort; Ausbau der Sozialversicherung, Herabsetzung der Arbeitszeit, kollektive Arbeitsverträge; Nationalisierung der Rüstungsindustrie und Reorganisation der Banque de France; öffentliche Arbeiten. Diese Programmpunkte, die sichtlich auf die Parteikoalition der Volksfront abgestimmt waren, wurden jedoch später von der sozialistischen Partei und vor allem von Léon Blum als eigenes kohärentes Wirtschafts- und Finanzprogramm ausgegeben. Im Sinne der damals viel erörterten Kaufkrafttheorie interpretierte man die Wirtschaftskrise als Unterkonsumtionskrise, der durch Erhöhung der Kaufkraft begegnet werden müsse. Die Steigerung der Kaufkraft werde die Produktion anregen, Rationalisierungsmaßnahmen erlauben und somit größere Preissteigerungen vermeiden lassen und die Arbeitslosigkeit

---

[25] Lorwin beim Vergleich zwischen französischen und amerikanischen Gewerkschaften, Reflections on the history of the French and American Labor Movements, in: Journal of Economic History 1956/1, S. 35.

[26] Wenn nach dem Kriege behauptet wurde, man habe damals die Gefahren durchaus gesehen, so überzeugt das nicht, vgl. Lorwin, The French Labor Movement, S. 71, Anm. 12.

[27] Montreuil a.a.O., S. 457.

[28] Ehrmann a.a.O., S. 63–67. Montreuil a.a.O., S. 459. Borkenau a.a.O., S. 134.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



absorbieren. Trotz Steuersenkungen und eines defizitären Budgets werde sich auf erhöhtem Niveau – dank einer Steigerung der Steuereingänge – ein neues Gleichgewicht ergeben. Neben neosozialistischen Gedankengängen hat hier der New Deal entscheidend eingewirkt. Die Krise sollte also überwunden werden durch eine Erneuerung und Anpassung des kapitalistischen Systems, und zwar mit Mitteln, die diesem System entsprachen, nicht aber durch seine Abschaffung. Faktisch war man beim Reformismus angelangt. In der Parteiprogrammatik jedoch wurde weiterhin die revolutionäre Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft propagiert[29]. Dies führte zu einer offensichtlichen Spannung zwischen praktischer Ausrichtung und traditioneller Ideologie, die – wie noch zu zeigen sein wird – zum Mißerfolg des „Experiments Blum" wesentlich beitrug.

Entsprechende Schwierigkeiten zeigten sich auch in der Stellungnahme zur Außenpolitik. Die Kritik an Lavals Haltung gegenüber Italien, die Forderungen nach neuen Abrüstungsverhandlungen und die Unterstützung des französisch-russischen Beistandspakts, der als Friedensinstrument interpretiert werden konnte (allerdings stand der pazifistische Flügel innerhalb der SFIO dem Pakt sehr kritisch und z. T. ablehnend gegenüber), waren mit der bisherigen Parteilinie relativ leicht vereinbar. Bereits die Stellungnahme zum Einmarsch deutscher Truppen ins Rheinland jedoch ergab Schwierigkeiten: Entsprach er der früher geforderten Revision untragbarer Bestimmungen des Versailler Friedens, oder handelte es sich um eine erste aggressive Handlung Hitlerdeutschlands[30]? In diesem Fall mußte ihr mit Gewalt begegnet werden; mindestens hieß es die Armee auf die Abwehr weiterer Aggressionen vorbereiten. Die sozialistische Partei hatte aber bisher Militärkredite zurückgewiesen und die Verlängerung der Dienstzeit und die materielle Aufrüstung abgelehnt. Wie war nun letztere in Einklang zu bringen mit dem tief eingewurzelten Pazifismus oder dem zum Teil damit verbundenen Mythos des revolutionären Aufstandes im Moment des Kriegsausbruchs? Léon Blum war konsterniert, als 1935 Stalin die Notwendigkeit einer französischen Aufrüstung vertrat[31]! Es schien unfaßlich, daß Moskau die langjährige Auseinandersetzung der französischen Sozialisten mit den französischen Nationalisten und Kapitalisten in Politik und Armee desavouieren konnte. Blum hat zwar recht bald die sich aufdrängende Anpassung vollzogen und schließlich, als Ministerpräsident, die Wiederaufrüstung energisch vorangetrieben. Die Militants der Partei jedoch sind nicht entsprechend „umerzogen" worden, sei es, daß man sich die bestehende Inkonsequenz nicht eingestehen wollte, sei es, daß man eine negative Reaktion in der Partei-Anhängerschaft befürchtete. In der Wahlpropaganda ist kein Versuch gemacht worden, die Massen

[29] „C'est le renversement total du régime capitaliste qui demeure et demeurera jusqu'à sa réalisation complète le but révolutionnaire de notre Parti et la préface nécessaire de la construction de l'ordre socialiste": Léon Blum in: „Le Populaire" 2. Juni 1936, zit. bei Drachkovitch a.a.O., S. 107.

[30] Léon Blum, Exercice du pouvoir, 1937, S. 133. Marcus a.a.O., S. 166.

[31] Blum im „Populaire" 17. Mai 1935, zit. bei Borkenau a.a.O., S. 128. Marcus a.a.O., S. 121 f.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



auf die konkreten Voraussetzungen einer energischen Volksfront-Außenpolitik aufmerksam zu machen. Die Polemik gegen die „marchands de canons" bot im Moment, da Hitler aufrüstete, zweifellos keinen realistischen Ausgangspunkt! Hier ist die SFIO, befangen in ihrer eigenen Überlieferung, den Weg des geringsten Widerstandes gegangen[32]. Das gleiche kritische Argument wird man auch gegen die CGT und das linksintellektuelle „Comité de vigilance" mit seinem ausgeprägten Pazifismus vorbringen müssen.

Die Kammerwahlen vom Mai 1936 brachten der Volksfront eine klare Mehrheit. Das Entscheidende des Ergebnisses lag allerdings nicht hierin, sondern in der Kräfteverschiebung innerhalb der Linken. Die Wählerzahl der Radikalsozialisten war um 400000 zurückgegangen, die Zahl der Abgeordneten von 157 auf 109; die Sozialisten, die ihre Wählerzahl halten konnten, verfügten nun über 149 Deputierte (bisher 129); die Kommunisten erhielten 1,5 Mill. Stimmen (1932: 796000) und erhöhten ihre Parlamentsvertretung von 12 auf 72. Die PCF hatte zweifellos in die sozialistische Anhänger- und Wählerschaft einbrechen können (insbesondere in der Pariser Region), profitierte aber auch von der wirtschaftlichen Krise im Kleinbürgertum, während die SFIO vorwiegend von den Radikalsozialisten Zuzug erhielt. Die soziale Basis der sozialistischen Partei verschob sich damit weiter nach rechts. Das Wahlergebnis zeigt aber auch, daß die Abwendung von der ultralinken Taktik der KPF den erstrebten Erfolg eingebracht hatte. Die Parole der Verteidigung der Republik und der demokratischen Freiheiten hatte sie dem französischen Wähler zugänglicher und damit zum ernsten Konkurrenten der Sozialisten gemacht. Als neuer Träger des Mythos der Revolution und der Verteidigung des Proletariats wie auch der Republik rückte die isolierte Kleinpartei zur koalitionsfähigen Großpartei auf.

Die SFIO als nunmehr stärkste Fraktion mußte die Regierungsverantwortung übernehmen. Es war jene Situation eingetreten, die Léon Blum als „exercice du pouvoir" bezeichnet hatte. Während „conquête du pouvoir" eine revolutionäre Machtergreifung oder Ministerpräsidentschaft mit sozialistischer Kammermehrheit bedeutete und damit die Möglichkeit sozialistischer Umgestaltung der Gesellschaft einschloß, sollte „exercice du pouvoir" dann gelten, wenn die SFIO zwar stärkste Fraktion war, eine Regierung aber nur durch Koalition mit der bürgerlichen Linken gebildet werden konnte; in diesem Falle war keine sozialistische Politik, sondern nur Reformpolitik innerhalb der bestehenden Ordnung möglich. Es galt dann, dieser Ordnung möglichst weitgehende Reformen im Interesse der Arbeiterschaft abzugewinnen. Blum hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß seine Regierung von 1936 nur als „exercice du pouvoir" verstanden werden dürfe und ihre Politik nicht als eigentlich sozialistisch[33]. War sich aber die Anhängerschaft – Militants der

[32] Ein Ansatz zur Selbstkritik findet sich in: A l'échelle humaine, in: Léon Blum, Oeuvre, Bd. Mémoires, Paris 1955, S. 465, 454.

[33] Auf dem SFIO-Parteikongreß am 31. Mai 1936; Exercice du pouvoir, S. 53. Hier soll bereits einer Kritik und Enttäuschung vorgebeugt werden! Weitere Formulierungen: S. 241, 246. Sehr klar auch Paul Faure im „Populaire" am 6. Juni 1936.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Partei, Wähler, Gewerkschaftler – dieser Situation bewußt und zu den entsprechenden Konzessionen bereit? Konnte sie sich mit einer Politik zufrieden geben, die zwar dem „exercice du pouvoir" entsprach, nicht aber dem ideologischen Ansatz einer angeblich noch immer revolutionären Partei und den hochgespannten Erwartungen, die Wahlkampf und Wahlerfolg erzeugt hatten? Mußten sich hier nicht Enttäuschungen einstellen? Léon Blum hat diese Probleme selbst gesehen[34]. Er hat sich durchaus legal verhalten, die Installierung seines Kabinetts in korrekter Weise vorbereitet, legal regiert und Spannungen abzubauen versucht und ist auch ohne Widerstand zurückgetreten, als ihm der Senat im Juni 1937 das Vertrauen verweigerte. Um jedoch die Parteidoktrin aufrechterhalten zu können und dem Drängen des linken Parteiflügels entgegenzukommen, hat er gleichzeitig doch noch den revolutionären Ausweg offen zu lassen versucht[35]. Damit aber ließen sich weder Enttäuschung noch Kritik von seiten der Militants der Partei und Gewerkschaften verhindern, während die bürgerliche Mitte und Rechte einmal mehr sich vor den Kopf gestoßen fühlte. Die Angst vor der Volksfront und die Kritik am „Experiment Blum" steigerten sich zu eigentlichem Haß, genährt und getragen von dem nicht unberechtigten Argument, daß die SFIO ihre revolutionären Ziele nicht verleugnet habe. Man möchte meinen, Léon Blum und die SFIO seien Gefangene ihrer eigenen Formeln geworden.

Es scheint, daß die Kommunisten nicht eine Regierung Blum, sondern eine Regierung Daladier mit sozialistischer Beteiligung erwartet hatten; diese hätte ihrer bisherigen Linie der Volksfront-Taktik, dem sowjetischen Interesse am französisch-russischen Pakt und ihrer Konkurrenzposition gegenüber den Sozialisten am besten entsprochen[36]. Trotz sozialistischer Bemühungen lehnte Thorez eine Beteiligung an der Regierung Blum ab und stellte nur eine parlamentarische Unterstützung in Aussicht. Die PCF behielt damit ihre Bewegungsfreiheit und konnte im gegebenen Moment zur Kritik von links ansetzen. Man wird aber sagen müssen: die Kommunisten nahmen für sich nun die gleiche Position in Anspruch, wie sie die SFIO gegenüber den Radikalsozialisten innerhalb des „Cartel des Gauches" eingenommen hatte!

4. Die Regierungsübernahme durch das Kabinett der Volksfront vollzog sich in

[34] Exercice, S. 59.

[35] „Mais s'il se trouvait que nous échouions, s'il se trouvait que des résistances insurmontables nous obligent à constater qu'il est impossible d'amender du dedans la société actuelle, qu'il est impossible d'exécuter, dès à présent, cette oeuvre de salut nécessaire pour la nation tout entière, je serais, moi, alors le premier à venir vous le dire. Je serais le premier à venir vous dire: c'était une chimère, c'était un rêve vain, il n'y a rien à faire de cette société telle qu'elle est, on ne peut rien en attendre, les résistances de l'égoisme ou de la routine, ou de l'intérêt sont insurmontables. Je serais le premier à venir vous dire pourquoi, et comment nous avons échoué, et quelles conséquences vous devez en tirer." „Exercice", S. 55. Dieser Passus wurde vom Parteikongreß begeistert aufgenommen!

[36] Belege dazu werden kaum zu finden sein. Die Gesamtpolitik der Kommunisten 1934–1938 weist aber darauf hin. Bezeichnenderweise hieß der kommunistische Slogan bei der Demonstration des 14. Juli 1935 „Daladier au pouvoir".

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



einer völlig ungewöhnlichen Gesamtsituation: seit Mitte Mai stand Frankreich in der größten Streikaktion seiner Geschichte[37]. Über die Einzelvorgänge ist hier nicht zu berichten. Die Streikwelle setzte einige Tage nach den Kammerwahlen in der Flugzeugindustrie der Provinz ein, gewann dann die Pariser Region und weitete sich auf einen Großteil der Maschinenindustrie, des Baugewerbes, der Warenhäuser u. a. aus. Neu für Frankreich war die Form der Fabrikbesetzung. Die Arbeiter richteten sich in den Betrieben häuslich ein und organisierten Aufsichtsorgane; doch kam es zu keinerlei Zerstörungen oder Sabotageakten. Im Vergleich zu früheren und späteren Streiks fehlte die Verbitterung und Härte der Kampfstimmung; es herrschte eine Atmosphäre von „kermesse", „une joie pure, une joie sans mélange" (Simone Weil). Im Unterschied zu den Fabrikbesetzungen in Italien 1920 machten die Streikenden keine Versuche, die Leitung der Betriebe selber zu übernehmen.

Es steht heute fest, daß diese große Streikaktion im wesentlichen spontan ausgebrochen ist und sich vor allem spontan ausgebreitet hat. Verdächtigungen (Provokation durch die Arbeitgeber, um Blum zu kompromittieren; Anstiftung durch kommunistische, anarchistische oder trotzkistische Elemente u. a.) haben sich als haltlos erwiesen. Aufschlußreich ist vor allem, daß auch die CGT-Führung überrascht wurde (die ersten Streiks fanden in der Gewerkschaftspresse wenig Beachtung; keine interprofessionellen Abmachungen); ungezählte Streiks brachen in Betrieben ohne Gewerkschaftsorganisation aus. In der Metallindustrie waren nur 4,7% der Arbeiter organisiert[38], während ein Streik bei den Eisenbahnen und den öffentlichen Diensten, die allein etwa 60% der CGT-Mitglieder stellten, auf gewerkschaftliche Veranlassung verhindert werden konnte. Die Gewerkschaften wurden von der Massenbewegung überrannt, fanden zum Teil bei den Arbeitern keinen Gehorsam und konnten ihren Einfluß nur schrittweise zur Eindämmung und schließlich zur Beendigung des Streiks geltend machen[39].

Der spontane Ausbruch muß als Reaktion der Arbeiterschaft auf den Sieg der Volksfront verstanden werden. Wahlvorbereitungen und Wahlerfolg hatten eine Atmosphäre hoher Erwartungen („cela va changer") geschaffen; der Unwille gegenüber der Deflationspolitik und die Mißstimmung infolge Ganz- und Teilarbeitslosigkeit konnten sich auslassen; das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft war gestärkt worden, und der Zeitpunkt ihrer Anerkennung als vollberechtigter Sozial-

---

[37] Dazu: Jacques Danos et Marcel Gibelin, Juin 36, Paris 1952. Montreuil S. 473 f. Michel Collinet, L'ouvrier français. Esprit du Syndicalisme, Paris 1951, S. 103 f.

[38] Collinet a.a.O., S. 112 f. In der Chemie nur 2%, im Bergbau hingegen 28%, im Transportgewerbe 33%.

[39] Während der Verhandlungen um die Accords Matignon weisen die Vertreter der Volksfront darauf hin, daß die mangelhafte Kontrolle der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften auf die Politik der Arbeitgeber zurückzuführen sei, die während der Krise die gewerkschaftlichen Aktivisten systematisch ausgeschlossen hätten. Und Richemont, Präsident des Verbandes der Metallindustrie in der Pariser Region, habe zustimmend geantwortet: „c'est vrai, nous avons eu tort." Exercice, S. 103; wiederum Mémoires, S. 262.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



partner schien endlich gekommen. Konkrete materielle Forderungen haben keineswegs im Vordergrund gestanden. Repressive Maßnahmen waren von einer sozialistischen Regierung nicht zu erwarten; Volksfront-Gemeindeverwaltungen haben die Streikenden materiell unterstützt. Daß zwischen Wahlerfolg und Investierung der Regierung Blum ein Monat verstrich, erregte Ungeduld. Die alte syndikalistische Geisteshaltung mit ihrem Mißtrauen gegenüber Parlament und Staatsgewalt und ihrem Anspruch, durch Streiks die eigenen Forderungen zu erzwingen, hat zweifellos mitgesprochen. Wäre auch in der Privatindustrie eine starke gewerkschaftliche Organisation vorhanden gewesen – wie in anderen Ländern –, und hätten engere organisatorische und personelle Beziehungen zwischen CGT und SFIO bestanden, so wäre der Streik wohl kaum ausgebrochen, jedenfalls nicht in diesem Umfang. Der spontane Unabhängigkeitswille und die Abneigung, sich Organisationen einzufügen und ihren Direktiven zu folgen, sind damals aufs neue bekundet worden und haben dieser Streikwelle eine charakteristisch französische Prägung gegeben.

Die Regierung Blum hatte unterdessen am 4. Juni ihr Amt angetreten. Sie für die Fabrikbesetzungen verantwortlich zu machen, wie es im Prozeß von Riom mindestens der Tendenz nach versucht worden ist, geht nicht an. Die Streikaktion vor und während der Regierungsübernahme hat Léon Blum in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt und ihm die schwierige Aufgabe zugewiesen, als Sozialist die durch Streiks gestörte Ordnung und Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Es ist offensichtlich, daß die Streikwelle den Widerstand von bürgerlicher Seite gegen eine Regierung der Volksfront verstärkt hat. Die Fabrikbesetzungen waren für eine Volksfront-Regierung nur dann wertvoll, wenn sie als Ansatz eines Durchbruchs zur Revolution dienen konnten. An einen solchen Schritt aus der Legalität heraus hatten jedoch weder Blum noch Jouhaux gedacht. Man war sich durchaus bewußt, daß die Volksfront auf die Unterstützung der Radikalsozialisten und auch der bäuerlichen Bevölkerung angewiesen blieb; im übrigen hätte ein revolutionärer Versuch in einem Moment, da selbst die Streikenden den gewerkschaftlichen Organisationen und der Partei entglitten und auch keine eigentliche revolutionäre Stimmung herrschte, wohl kaum zum Erfolg geführt – eher zu Anarchie oder Bürgerkrieg. Und dies mußte schon im Hinblick auf die außenpolitische Situation unter allen Umständen vermieden werden[40].

Andererseits mußte es Léon Blum ablehnen, dem offensichtlich verletzten Recht auf Schutz des Eigentums – die Illegalität der Fabrikbesetzungen wurde durchaus anerkannt – mit den Mitteln der Polizei und Armee Geltung zu verschaffen. Eine Volksfrontregierung konnte diesen Weg nicht beschreiten. Aber auch rein objektiv waren die Voraussetzungen dafür kaum gegeben. Wenn Blum später zu seiner Verteidigung das Argument anführte, ein polizeiliches Eingreifen hätte zu einer sofor-

[40] Wenn heute etwa aus dem Umkreise Jean-Paul Sartres Léon Blum mangelnder Revolutionswille und somit Verrat an der Arbeiterklasse vorgeworfen wird, so bedeutet dies eine ideologisch verzeichnete Einschätzung der damaligen Situation. Colette Audry, Léon Blum ou la politique du Juste, Paris 1955, S. 115.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



tigen Wandlung der Streiksituation, zur Entfachung einer Kampfstimmung und dann zu schweren Unruhen oder gar zum Bürgerkrieg geführt, so wird man ihm weitgehend recht geben müssen[41]. Ein Vergleich mit dem 30. Oktober 1938 geht fehl, da es sich 1936 nicht um einen geplanten 24stündigen Generalstreik handelte, der energische Gegenmaßnahmen erlaubte. Blum konnte denn auch darauf hinweisen, daß zwar einzelne Fabrikbesitzer, nicht aber die großen Arbeitgeberorganisationen den Einsatz von Polizei verlangt hätten. Die Lage schien vielmehr den letzteren so bedrohlich, daß sie Rettung allein von der persönlichen Einwirkung des sozialistischen Parteiführers erwarteten. Auch der Präsident der Republik, Lebrun, hat Blum aufgefordert, sich – noch ehe die neue Regierung dem Parlament vorgestellt worden war – in einer Radioansprache an die Streikenden zu wenden[42]. Blum hat dies getan; ähnlich der Arbeits- und der Innenminister am 5. und 6. Juni.

Nach einigem Zögern hat die Regierung die Verhandlungen der Sozialpartner selber in die Hand genommen; die Initiative zu einem solchen Spitzentreffen scheint jedoch von Arbeitgeberkreisen ausgegangen zu sein[43]. Da sowohl die Spitzenverbände der Industrie wie die Gewerkschaften an einer baldigen Beilegung des Konflikts interessiert waren, konnten bereits am 7. Juni die bekannten Accords Matignon unterzeichnet werden. Sie hatten zum Inhalt: sofortigen Abschluß kollektiver Arbeitsverträge; Anerkennung der Gewerkschaften und Einstellung jeglicher Diskriminierungsmaßnahmen wegen Gewerkschaftszugehörigkeit und -tätigkeit; Wahl von Arbeiterdelegierten in den Betrieben; Anpassung anormal tiefer Löhne[44] und eine allgemeine Lohnerhöhung von durchschnittlich 12%. Diese Vertragsbestimmungen wurden ergänzt durch eine Reihe von Sozialgesetzen, die in den folgenden Tagen im Parlament zur Abstimmung gelangten: Einführung der Vierzigstundenwoche; Gesetz über den kollektiven Arbeitsvertrag; bezahlter Urlaub von zwei Wochen; Nationalisierung eines Teils der Rüstungsindustrie und Reorganisation der Banque de France.

Accords Matignon und Sozialgesetzgebung müssen als Einheit gesehen werden. Ihre Bestimmungen entsprechen weitgehend dem Programm der Volksfront; ihre Annahme war zudem von den Streikausschüssen als Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der Arbeit ausgegeben worden. Arbeitgeber und Regierung standen unter dem Druck der Massenbewegung, und auch Deputiertenkammer und Senat haben sich ihm fügen müssen. Eigentlicher Widerstand trat nicht in Erscheinung, das Parlament war momentan faktisch ausgeschaltet! Es ist fraglich, ob die Radikalsozialisten – insbesondere auch im Senat – in normalen parlamentarischen Verhand-

[41] „Je suis convaincu aujourd'hui encore que l'emploi de la force brutale, dans les semaines qui ont suivi ma prise du pouvoir, aurait pu déchaîner une véritable guerre civile que j'ai voulu, à tout prix, prévenir." Mémoires, S. 149, ähnlich S. 209, 265, 309.

[42] Mémoires, S. 259, 316.

[43] Mémoires, S. 260.

[44] Anormal tiefe Lohnkategorien bestätigt auch R. P. Duchemin (Präsident der Confédération Générale de la Production Française), L'accord Matignon, ce que j'ai vu et entendu, in: Revue de Paris, 1937/1, S. 592.



Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



lungen ihre Einwilligung zu so weitgehenden Sozialgesetzen und Lohnerhöhungen gegeben hätten. Insofern hat die außerparlamentarische Pression Léon Blum seine Tätigkeit erleichtert. Andererseits wäre die Regierung wohl lieber schrittweise vorgegangen und hätte so die einzelnen Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzsituation besser anpassen können; die sofortige Einführung der Vierzigstundenwoche – und zwar als Fünftagewoche – wäre dem Parlament kaum vorgelegt und noch weniger bei den Abstimmungen durchgebracht worden. (Im Programm der Volksfront war nur von einer Herabsetzung der Arbeitszeit die Rede gewesen[45].) In dieser Beziehung ist das „Experiment Blum" gerade durch die Anfangserfolge in seiner weiteren Entwicklung gehemmt worden.

5. Es wurde erwähnt, daß die Kaufkraft-Theorie eine Anpassung der Konsumkraft an die Produktion – durch Lohnsteigerungen, öffentliche Arbeiten, Steuerermäßigungen – zum Ziele hatte und das allgemeine Reallohnniveau heben sollte. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Da die Lohn/Preis-Spirale in Bewegung geriet, hat sich das Realeinkommen der Arbeiterschaft in der Periode der Volksfront nur um wenige Prozent erhöht[46]. Die Produktion, die man durch die Hebung der Kaufkraft anzuregen gehofft hatte, ging vorerst, durch die Auswirkungen des Streiks gehemmt, zurück, stieg dann zwar nach der Abwertung im Oktober 1936 leicht an, um aber im Frühling 1937 erneut abzufallen oder zu stagnieren. Frankreich machte die wirtschaftliche Erholung, die allgemein 1933 einsetzte und sich nach 1936 auch in den Ländern der Franc-Zone auswirkte, nur sehr begrenzt mit. Die französische Industrieproduktion lag 1938 noch 25% unter dem Niveau von 1929[47]. Von Arbeitgeberseite hat man dafür ausschließlich die Volksfront verantwortlich gemacht. Steigende Preise und Abwertung haben sich zweifellos psychologisch negativ ausgewirkt[48]. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß das massive Ansteigen der Lohnkosten, das durch Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, bezahlten Urlaub und dann weitere Lohnanpassungen bedingt war[49], produktionshemmend wirken mußte und das an sich schon weit überhöhte französische Preis-

[45] In einer Ansprache am 9. 4. 1937 vor der Fédération Socialiste de la Seine gab Blum zu, daß die Fünftagewoche nicht seinen Ansichten entsprochen hatte und der Regierung faktisch aufgezwungen wurde. Zit. André Piettre, La politique du pouvoir d'achat devant les faits, Paris 1938, S. 145, Anm. 1.

[46] Je nach statistischer Auswertung wird eine Erhöhung von 0–10% angenommen. Für Beamte und kleine Rentner hat eher eine Kaufkraftverminderung stattgefunden. Dieses negative Ergebnis der Volksfront wird auch von sozialistischer Seite bestätigt, vgl. Etienne Weill-Raynal, Les obstacles économiques à l'expérience Léon Blum, in: La Revue Socialiste Nr. 98, 1956, passim.

[47] Louis Pommery, Aperçu d'histoire économique contemporaine, vol. I, Paris 1952, S. 313.

[48] Revue d'économie politique 1937, S. 765.

[49] Ende 1937 soll diese Erhöhung der Lohnkosten etwa 70% ausgemacht haben, bestehend aus: 12% Lohnerhöhung Accords Matignon, Anpassung der tiefsten Lohnkategorien, Urlaub 4%, Verkürzung der Arbeitszeit 20% und nachfolgende Erhöhungen, Pommery S. 308; Piettre hat die Erhöhung der Lohnkosten auf 63–101% errechnet, a.a.O., S. 92; vgl. auch C. J. Gignoux, L'Economie française entre les deux guerres, Paris 1942, S. 305.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



niveau noch auffälliger in Erscheinung treten ließ und den Export erschwerte. Ein Gleiches gilt für die Einführung der Vierzigstundenwoche[50]. Die Herabsetzung von 48 auf 40 Stunden, das streng gehandhabte Verbot von Überstunden – das zur Absorption der Arbeitslosigkeit notwendig erschien – und vor allem die Einführung der Fünftagewoche mußten zu Anpassungsschwierigkeiten führen, bei gut beschäftigten Betrieben sogar zu Produktionseinschränkungen[51]. Die Atmosphäre der Volksfront, die weiterhin angespannten Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, die Angst auch vor weiteren Eingriffen des Staates in die Wirtschaft (eventuelle Nationalisierungen!) haben den Anreiz zur Investierung gedämpft; die Emissionen fielen 1936 stark ab und gingen zudem mit einer weiteren Verlagerung auf die öffentliche Hand einher[52].

Es besteht andererseits kein Zweifel, daß der Produktionsapparat Frankreichs veraltet und daher höchst ungeeignet war, die Sozialreformen der Volksfront aufzunehmen und dem theoretischen Modell der Kaufkrafttheorie zu entsprechen. Die französische Wirtschaft hatte den Nachkriegsboom nicht mit gleicher Vehemenz wie andere Industrieländer mitgemacht, blieb noch wesentlich von der Agrarproduktion bestimmt, hatte sich zusehends von den Auslandsmärkten abgesondert und die Produktion am Inlandskonsum ausgerichtet. Ein Netz von Monopolsituationen, Absprachen, Verbandspositionen – wenig kontrolliert durch die Konkurrenz des Auslandes – beraubte die französische Wirtschaft ihrer Flexibilität. In der Depression war der Produktionsapparat erst recht nicht erneuert worden; Investierungskredite standen zudem nur zu hohem Zinsfuß zur Verfügung. Die traditionell konservative Haltung des französischen Unternehmertums hat sich nach dem Wahlerfolg der Volksfront noch verdeutlicht.

So ist denn die erwartete Absorption der Arbeitslosen nicht erfolgt; ihre Zahl ist 1936–1937 nur leicht zurückgegangen, die Teilarbeitslosigkeit hingegen gestiegen. Es zeigte sich, daß sie insbesondere die ungelernten Arbeiter traf und daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit keineswegs eine sofortige Einstellung neuer Arbeiter

---

[50] Es ist allerdings richtig, daß – wie vor allem von sozialistischer Seite betont wird – 1936 nur ein Teil der Betriebe überhaupt 48 Stunden oder auch nur 40 Stunden gearbeitet hat, und daß sich die verkürzte Arbeitswoche oft nur in der Erhöhung der Lohnkosten und nicht in einem Produktionsausfall auswirkte. Diese Unterbeschäftigung galt aber nur für Teilbereiche der französischen Wirtschaft, und anscheinend besonders für die Kleinbetriebe. Eine Umfrage bei Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern am 1. Juni 1936 habe ergeben, daß 67% 48 Stunden und mehr, 26% 40–48 Stunden arbeiteten. Fernand Maurette, Die soziale Neuordnung in Frankreich, in: Internationale Rundschau der Arbeit. Bd. 2. 1937/9, S. 800.

[51] Darüber ausführlich Piettre a.a.O., S. 125f. Die „rigité" der Arbeitszeitverkürzung wird besonders kritisiert. Weill-Raynal versucht nachzuweisen, daß die franz. Wirtschaft die Verkürzung der Arbeitszeit 1938 absorbiert habe, weil die Produktion wieder anstieg, S. 56. Aber gerade 1938 sind die Bestimmungen für Überstunden gelockert worden! Man vergleiche zudem, wie gerade heute der Übergang von der 48-Stundenwoche auf die 40-Stundenwoche schrittweise erfolgt, um Anpassungsschwierigkeiten zu vermeiden.

[52] Pommery, S. 319. Charles Bettelheim, Bilan de l'économie française 1919–1946, Paris 1947, S. 114–115.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ermöglichte[53]. Vor allem im Bergbau fehlte es an gelernten Kräften, so daß nicht nur die Leistung pro Mann und Tag, sondern auch die Gesamterzeugung wesentlich zurückging[54]. Da die Arbeitszeitverkürzung als Fünftagewoche erfolgte, bestand für die Industriebetriebe ohnehin wenig Veranlassung, mehr Personal einzustellen. Massenweise Neueinstellungen mußten und konnten zwar z. B. bei den Eisenbahnen (etwa 80000!) erfolgen, bedeuteten aber eine Erhöhung der Betriebskosten und des den Staatshaushalt belastenden Defizits.

6. Wenn man nach der Kaufkrafttheorie glaubte, trotz Erhöhung von Löhnen und Staatsausgaben inflationäre Auswirkungen vermeiden zu können, so sollte sich das bald als Täuschung erweisen. Bereits vor der Volksfront-Regierung hatte eine massive Goldflucht eingesetzt, sei es ins Ausland oder als private Hortung. Nach den Wahlen nahm die Bewegung noch größeres Ausmaß an und zog die Goldreserven der Bank von Frankreich stark in Mitleidenschaft. Beamtengehälter wurden erhöht, Neueinstellungen vorgenommen, Darlehen an Mittel- und Kleinbetriebe vergeben, öffentliche Arbeiten in die Wege geleitet. Der Staatshaushalt kam erneut aus dem Gleichgewicht, und die Banque de France mußte wieder für umfangreiche Vorschüsse an den Staat herangezogen werden. In der Vertrauenskrise unter inflationären Vorzeichen stieg der Kurs von Pfund und Dollar, und am 1. Oktober 1936 mußte die erste Abwertung vorgenommen werden, eine Abwertung, die vorübergehend die Produktion erleichterte und – da das Preisniveau des Weltmarktes wiederhergestellt war – auch den Export ansteigen ließ, jedoch bald von neuen Preissteigerungen illusorisch gemacht wurde.

Von unserer politischen Fragestellung aus verdient die Abwertung eine etwas nähere Betrachtung. Obschon 1931 England und 1933 die Vereinigten Staaten abgewertet hatten, hatte Frankreich damals geglaubt, auf eine entsprechende Maßnahme verzichten zu können: der „Franc Poincaré" schien gesichert, und eine starke Goldzufuhr aus den abwertenden Ländern hatte die Währung noch weiter stabilisiert. Paul Reynaud gehörte zu den wenigen, die seit 1934 eine Abwertung verlangten, und zwar als rechtzeitige Anpassung an das internationale Preisniveau und damit als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung Frankreichs. Auch von sozialistischer Seite ist eine Abwertung nicht postuliert worden; in der Wahlpropaganda 1936 wurde einer „Politik der Deflation" die „sauvegarde du Franc" entgegengestellt und eine „Reflationspolitik" propagiert, die angeblich Inflation und

---

[53] „Durch die Einführung der Vierzigstundenwoche wurde der Mangel an gelernten Arbeitskräften, wenn nicht verursacht, so doch verschärft. Er ist heute kein ausschließlich französisches Übel . . . Selbstverständlich aber macht er sich besonders fühlbar in einem Lande, das die Arbeitszeit verkürzt, um die Arbeitslosigkeit zu mildern; außerdem zieht jeder neu angestellte gelernte Arbeiter 3 oder 4 ungelernte Arbeiter nach sich und umgekehrt . . ." Maurette a.a.O., S. 813.

[54] H. W. Ehrmann, The Blum Experiment and the Fall of France, in: Foreign Affairs, 1941, S. 154.

| | |
|---|---|
| Deutsche Kohlenproduktion Mai 36–Mai 37 | +14% |
| Französische Kohlenproduktion | —11% |

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Deflation vermeiden lasse[55]. Ebenso hat die kommunistische Partei vor und nach den Wahlen eine Währungsmanipulation ausdrücklich abgelehnt!

Denkbar ist, daß eine Abwertung kurz nach den Wahlen erfolgreich gewesen wäre und der französischen Wirtschaft einen starken Antrieb verschafft hätte; man hätte sie zudem als Ergebnis der voraufgegangenen Deflationspolitik und als überfällige Anpassung an die Weltwirtschaft interpretieren können[56]. Als sie schließlich doch durchgeführt werden mußte, geschah das bereits im Zeichen inflationärer Tendenzen und einer leeren Staatskasse[57]. Die Regierung war jedoch an ihre Wahlpropaganda gebunden und befürchtete zudem – mit Recht natürlich – eine anschließende Preissteigerung. Die Radikalsozialisten mußten in ihrer Rücksichtnahme auf das Mittel- und Kleinbürgertum ohnehin Gegner einer Abwertung sein. Léon Blum weist zudem darauf hin, daß man eine Abwertung zu vermeiden hoffte, weil – im Unterschied zu den Vereinigten Staaten bei Regierungsantritt Roosevelts – in Frankreich wesentliche Goldbeträge gehortet waren und nun zur Finanzierung einer Politik der Kaufkraft herangezogen werden sollten[58]. Diese Hoffnung mußte sich aber als trügerisch erweisen, denn eine Regierung der Volksfront mit ihren recht demagogischen Parolen gegen den Reichtum und einer unklaren Einstellung zum Privateigentum konnte mit einer Politik der „Enthortung" schwerlich Erfolge erzielen. Rückfluß gehorteter oder ins Ausland geflüchteter Kapitalien war an die Spielregeln des kapitalistischen Systems und an eine Atmosphäre des Vertrauens gebunden. Es bedeutete daher eine Verkennung der Situation, wenn man von der Sabotage der Finanzmächte oder – wie früher Herriot – von dem „mur d'argent" sprach, an der die Linksregierung gescheitert sei. Neben offensichtlichen Fehlentscheidungen lag das grundlegende Problem der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Volksfront darin, daß sie innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems erfolgen mußte, dessen Spielregeln aber im Grunde nicht anerkannte und ständig verletzte – anderseits aber nicht einmal jene Maßnahmen treffen konnte, die die minimalen Voraussetzungen für den Erfolg eines sozialistischen Experiments (Devisen-, Preis-, Investierungskontrolle, gründliche Reform der Banque de France und des Kreditsystems) gebildet hätten. Léon Blum und sein Finanzminister Auriol sahen sich gezwungen, dieser Grundsituation Rechnung zu tragen und eine Atmosphäre des Ver-

---

[55] Léon Blum noch am 6. Juni 1936. Wieweit Blum selbst bereits früher die Notwendigkeit der Abwertung erkannt hat, aus parteipolitischen Gründen jedoch nicht dafür eintreten konnte, muß dahingestellt bleiben. Vgl. Reynaud, in: Le Figaro Littéraire, 13. 8. 1955.

[56] Prof. Charles Rist gehörte damals zu den wenigen „Experten", die eine Abwertung forderten, Weill-Raynal a.a.O., S. 52.

[57] Unverständlich ist mir, wie Pommery, S. 309, behaupten kann, eine Abwertung sei nicht notwendig und daher falsch gewesen. Ebenso eigenartig wirkt das Argument von Gignoux a.a.O., S. 241: Frankreich habe noch über Kapitalreserven verfügt. Soll man erst abwerten, wenn der Nullpunkt erreicht ist? Und das Preisniveau auf dem Weltmarkt?

[58] Vor dem Senat am 16. 6. 1936, Exercice, S. 93. Und am 28./29. 9. 1936 vor der Kammer: „Nous avons aussi essayé d'obtenir, par un appel à la thésaurisation intérieure, le reflux dans la circulation d'un apport de capitaux, jusque-là inutilisés." S. 222.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



trauens anzustreben[59]. Die Proklamierung der „Pause" am 13. Februar 1937 bedeutete einen weiteren Schritt in dieser Richtung, blieb aber faktisch ohne positives Ergebnis. Man kann sich fragen, ob die Volksfront-Führung sich dieser Situation bewußt war und danach gehandelt hat. Die These vom „exercice du pouvoir" hätte an sich die Voraussetzung dazu gegeben; die darin enthaltenen Befürchtungen sind auch in weitem Maße eingetreten, und zwar zum Nachteil des „Experiments Blum". Dennoch schien mindestens anfänglich die Überzeugung vorzuherrschen, daß man die auftauchenden Widerstände bezwingen oder umgehen könne – entweder durch legislative Maßnahmen, durch Druck von Gewerkschaftsseite oder einfach durch die Tatsache, daß eine Politik der Kaufkraft auch den Interessen der Finanzkreise und Unternehmer entspreche. Die Bezugnahme auf den New Deal mag dabei zu falschen Analogien verleitet haben. Verfügten doch die Vereinigten Staaten über einen ganz anderen Wirtschaftsraum, waren Rohstoffproduzenten und daher viel unabhängiger von Auslandsmärkten; ihr Produktionsapparat war viel beweglicher und die Unternehmermentalität anpassungsfähiger und mehr an Initiative gewöhnt – und dennoch war der wirtschaftliche Erfolg des New Deal sehr fraglich und umstritten.

Die positive Seite des „Experiments Blum" liegt ähnlich wie beim New Deal nicht im Bereich der Produktion, des Reallohnes und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern im neuen Verhältnis der Sozialpartner. Die Gewerkschaften fanden endlich ihre Anerkennung von Arbeitgeberseite und konnten nun auch in der Privatindustrie ihre Massenorganisationen aufbauen[60]. Die Sozialversicherung, die vom New Deal erst geschaffen werden mußte, brauchte von der Volksfront nur ausgebaut zu werden. Die gesetzliche Regelung des bezahlten Urlaubs war längst überfällig, da ein entsprechendes Gesetz von der Deputiertenkammer bereits 1931 verabschiedet worden war! Sie bedeutete dennoch – darüber sind sich die Betrachter einig – eine kleine Revolution in der Arbeits- und Lebensatmosphäre der französischen Arbeiterschaft. Weite Kreise der Bevölkerung erhielten damit erstmals Gelegenheit, zu reisen und ihren Horizont auszuweiten. Es war billige Polemik, wenn von bürgerlich-konservativer Seite die Schaffung eines Unterstaatssekretariats „aux loisirs" kritisiert wurde.

Wichtig waren auch die neuen gesetzlichen Grundlagen für die kollektiven Arbeitsverträge, die nun in großer Zahl abgeschlossen wurden; auch hier mußte im Vergleich zum Ausland ein offensichtlicher Rückstand aufgeholt werden[61]. Die Re-

[59] Finanzminister Auriol erklärte am 15. Juli 1936: „Dans leur propre intérêt, les détenteurs d'or et de devises doivent les vendre, car le danger de dévaluation est écarté. La méfiance a pu parfois être justifiée; elle ne l'est plus, car la politique économique du Gouvernement est saine." (Zit. b. Pommery a.a.O., S. 309.) Am 1. 10. wurde abgewertet und die Maßnahme als geplante Angleichung an den Weltmarkt interpretiert. Selbstverständlich haben Finanzkreise und politische Gegner diese Widersprüche aufgegriffen! – Blum selbst spricht vom „libéralisme économique poussé" seiner Regierung: Exercice, S. 341.

[60] Darüber ausführlich Collinet a.a.O., S. 116.

[61] Danos-Gibelin, S. 206, gibt folgende Liste der abgeschlossenen kollektiven Arbeitsverträge: 1934 – 24, 1935 – 28, 1936 – 1123, 1937 – 3064, 1938 – 972. Lorwin gibt andere Zah-

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gierung erhielt dabei die Kompetenz, die von den betreffenden Organisationen abgeschlossenen Verträge regional auszuweiten und für obligatorisch zu erklären; ab Dezember 1936 konnte sie Dispute an sich ziehen und durch Einsetzung eines Schiedsrichters verbindlich regeln[62]. Staat und Gewerkschaften haben sich damit in neuer Weise in die Regelung der Arbeitsbedingungen eingeschaltet. Der Herr-im Hause-Standpunkt des Arbeitgebers („le patron de Droit divin") und die einseitig negativ-fordernde Haltung der gewerkschaftlichen Vertretung ließen sich nicht mehr mit der bisherigen Intransigenz aufrechterhalten. Allerdings kam man nicht über Ansätze hinaus. Die Bereitschaft, die Sozialgesetzgebung der Volksfront zu akzeptieren und auf der neuen Basis zu verhandeln, fehlte weitgehend in den Kreisen der Arbeitgeber; deren eigene Organisation wurde erweitert und umgeformt, der Widerstand versteifte sich[63]. Die Gewerkschaften andererseits konnten ihr traditionelles Mißtrauen und ihre ideologische Ausrichtung nicht überwinden und zeigten sich an einer Entspannung der Atmosphäre nicht sonderlich interessiert. Von einer Milderung der sozialen Konflikte konnte daher kaum gesprochen werden; dennoch war das Verhältnis der Sozialpartner zueinander in ein neues Stadium getreten.

7. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Volksfront mußte auch die französische Rüstungsproduktion beeinflussen. Die Frage, ob das „Experiment Blum" für die Niederlage von 1940 verantwortlich gemacht werden könne, hat zu einer heftigen Diskussion zwischen Vertretern der Zivilgewalt und den Militärs, zwischen Anhängern Pétains und dessen Gegnern geführt. Auch hier können wir nur einige strittige Punkte stichwortartig anführen[64]. Es ist zunächst einmal festzustellen, daß die Regierung Blum großzügig Rüstungskredite zur Verfügung gestellt hat; allerdings – und das wird meistens übersehen – erst als unmittelbare Antwort auf die Erklärung der zweijährigen Dienstpflicht in Deutschland[65]. Die Wahlpropaganda der

---

len S. 76; nur wenige Abkommen betreffen ganz Frankreich. Ausführlich auch Ehrmann a.a.O., S. 42ff.

[62] Darüber ausführlich Joel Colton, Compulsory Labor arbitration in France 1936–1939, New York 1951.

[63] Die negative Haltung der Arbeitgeber bestätigt auch Gignoux a.a.O., S. 309. Die CGPF wurde neu organisiert und hieß fortan Confédération Générale du Patronat Français. Klein- und Mittelbetriebe schlossen sich an, Koordination und Büros wurden ausgebaut. Die Unterzeichner der Accords Matignon wurden – mit Ausnahme von Lambert-Ribot, dem Vertreter des Comité des Forges – ausgeschaltet. C. J. Gignoux übernahm die Leitung.

[64] Eine Gesamtuntersuchung steht auch hier noch aus. Dazu: Général Gamelin, Servir, Bd. III, Paris 1946; Paul Reynaud, La France a sauvé l'Europe. Bd. I. Paris 1947, S. 383f.; Blum, Mémoires; Evénements survenus en France de 1933 à 1945 (gesammelte Aussagen und Dokumente der parlament. Untersuchungskommission) Paris 1951. R. D. Challenger, The defeat of 1940, in: Modern France, hrsg. v. Earle, Princeton 1951; J. M. d'Hoop, La politique française du réarmement (1933–1939), in: Revue d'Histoire de la deuxième guerre mondiale, 1954/14.

[65] Kriegsminister Daladier habe vorgeschlagen: entweder nochmalige Erhöhung der franz. Dienstpflicht um ein Jahr oder massive Rüstung – als ob es sich hier um ein Entweder–Oder handeln konnte! Blum, Mémoires, S. 115, 341.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



antifaschistischen Volksfront hatte kein Aufrüstungsprogramm eingeschlossen! Am 7. September 1936 wurde ein Kredit von 14 Milliarden bewilligt, der in den Jahren 1937–40 verausgabt werden sollte. Da später weitere Krediteröffnungen erfolgten, ist die Wiederaufrüstung nicht durch Mangel an Geld behindert worden; auch das Parlament der Volksfront hat hier seine Aufgabe erfüllt.

Von Volksfrontseite wird gern betont, das Programm 1937–40 sei vorzeitig erfüllt worden[66]; man muß jedoch berücksichtigen, daß dieser Erfolg nur den rapid ansteigenden Produktionszahlen seit Ende 1938 zu verdanken war. Die Produktion an Panzern und Flugzeugen blieb in den Jahren 1936 und 1937 gering, sank zum Teil sogar noch ab[67].

Im übrigen besteht kein Zweifel, daß sich die Einführung der Vierzigstundenwoche gerade auf die Rüstungsproduktion nachteilig ausgewirkt hat. Der Mangel an hochqualifizierten Spezialarbeitern, die 1936 zum Teil mehr als 48 Stunden arbeiteten, hat zu einer merklichen Behinderung geführt; die Ausfälle konnten dabei kaum durch Einstellung von Arbeitslosen wettgemacht werden[68]. Das Überstundenverbot wurde gerade in den nationalisierten Rüstungsbetrieben strikt durchgeführt. Zwar wären Ausnahmen für die Landesverteidigung möglich gewesen, doch wurden sie nicht beansprucht bzw. von den Gewerkschaften verhindert. Léon Blum hat im Prozeß von Riom die Frage der Überstunden in der Rüstungsindustrie zu bagatellisieren versucht[69], bestätigt aber selber in „Echelle humaine" die Engstirnigkeit des gewerkschaftlichen Standpunktes[70]. Im Parlament ist Kritik laut geworden[71], doch hat die Regierung keine ernsthaften Versuche unternommen, die Dringlichkeit der Aufrüstung und die Notwendigkeit längerer Arbeitszeiten, die sich ja gerade im Vergleich zu Deutschland aufdrängten, zu unterstreichen.

Die Nationalisierung ansehnlicher Teile der Rüstungs- und Flugzeugindustrie entsprach einem alten Programmpunkt der sozialistischen Partei; sie war aber auch von den Radikalsozialisten und anderen Gruppen mehrmals verlangt worden. Sie war also vorerst parteipolitisch-ideologisch bedingt. Erst rückblickend erfolgte dann die Rechtfertigung unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Rationalisierung und Ausweitung der Produktionskapazität. Eine gewisse Berechtigung wird man diesem Argument allerdings nicht absprechen können: die 1936 nationalisierten Industrien waren in unzählige Kleinbetriebe mit oft geradezu handwerklicher Arbeitsweise (insbesondere Flugzeugzellen) aufgesplittert und boten kaum die Basis für eine

---

[66] Evénements II, 1, S. 204. Blum, Mémoires, S. 166, 341.

[67] Produktion leichter Panzer: 1935 2 pro Tag, 1936 1, erst 1938 wieder 2. Produktion schwerer Panzer fiel 1936 von 6 auf 3 im Monat, 1939 dann 8; Hoop a. a. O., S. 14.

[68] Evénements I, 2, S. 216.

[69] Mémoires, S. 247f., 279f.

[70] „Des heures supplémentaires avaient été chicanées ou refusées par les syndicats, bien qu'elles dussent s'appliquer à des fabrications urgentes; l'agitation avait persisté dans beaucoup d'usines; le rendement horaire avait fléchi." Mémoires, S. 463. Bezeichnenderweise sind diese Zeilen in der Gefangenschaft geschrieben worden, unter dem Eindruck der Niederlage. Seit 1945 ist ein kritisches Urteil nicht mehr mit dieser Deutlichkeit ausgesprochen worden!

[71] Reynaud a.a.O., I., S. 389.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



rapide Produktionssteigerung[72]. Hier setzte eine völlige Reorganisation – auch Dezentralisation – ein. Bedeutende Finanzmittel sind dafür aufgewandt worden und haben schließlich, wenn auch wohl mit einiger Verspätung, positive Resultate ergeben[73]. Mit einer längeren Anlaufzeit mußte ohnehin gerechnet werden, bevor zur Serienproduktion übergegangen werden konnte. 1940 standen bekanntlich Panzer in beinahe ausreichender Zahl zur Verfügung. Es kann nicht der Volksfront zum Vorwurf gemacht werden, daß die Panzer z. B. ungenügend ausgerüstet waren (z. B. in bezug auf drahtlose Verbindungen), daß Abänderungswünsche die Produktion verzögerten, daß Geschwindigkeit und Reichweite gegenüber der Panzerung zu kurz gekommen waren und daß die Militärführung mehr auf Begleitpanzer der Infanterie als auf zusammengefaßte Panzerdivisionen abzielte. Versuche, den Generalstab zu rechtfertigen, können in keiner Weise überzeugen[74]. Daß Léon Blum als Ministerpräsident die Vorschläge de Gaulles und Reynauds zur Aufstellung von Panzerdivisionen zwar verfolgt und zur Kenntnis genommen, faktisch dann aber auf die Defensivkraft der französischen Armee vertraut hat, wird man ihm kaum persönlich zur Last legen können, da vom Generalstab entsprechende Forderungen nicht gestellt worden sind[75].

Die Produktion in der nationalisierten Flugzeugindustrie war während der Volksfront durch viele, zum Teil von den Kommunisten lancierte Streiks (gegen den „Etat patron") gehemmt und hat erst 1938 richtig eingesetzt. Allerdings standen 1936 nur veraltete Modelle für die Serienproduktion zur Verfügung. Die 1936 vorbereiteten Prototypen gingen – mit der normalen Vorbereitungszeit von etwa 2 Jahren – 1938 in Produktion; doch konnte der Rückstand nicht mehr aufgeholt werden[76]. Die Bestellung von Flugabwehrgeschützen, Sturzkampfbombern u. a. gehörte in den Aufgabenbereich der militärischen, nicht der politischen Führung. Ähnliches gilt für die überlebte und starre Auftragserteilung, abgesehen von der überhaupt fehlenden Gesamtkonzeption.

8. Nach Tradition und Programm der Sozialisten war die Regierung Blum vorerst um eine Aktivierung des Völkerbundes bemüht. Sie wollte die Politik der kollektiven Sicherheit und die Abrüstungsanstrengungen wiederaufnehmen[77]. Man gab die Hoffnung auf einen Ausgleich, selbst mit Hitlerdeutschland, nicht auf. Frankreich bemühte sich um einen neuen „Locarno-Pakt", ohne jedoch zu greifbaren Ergeb-

[72] Aufschlußreiche Beispiele bei Blum, Mémoires, S. 274, 295. Evénements II, 1, S. 280.

[73] Blum, Mémoires, S. 295. Gignoux' Urteil S. 81 ist sicher einseitig. Wenn die Kritiker von hohen „Reibungsverlusten" sprechen, so behaupten die Vertreter der Nationalisierung, daß diese dank ihrer Entmonopolisierung und Rationalisierung Preissenkungen ergeben habe.

[74] Ein solcher Versuch etwa bei Général Conquet, L'énigme des blindés, Paris 1956, S. 59 f.

[75] Über die Unterhaltung de Gaulles mit Ministerpräsident Blum: Charles de Gaulle, Mémoires de guerre, vol. I, L'Appel, Paris 1954, S. 18–20; Blum, Mémoires, S. 113 f. Rechtspolitiker wie z. B. P. E. Flandin waren für de Gaulles Ideen noch viel unzugänglicher als Léon Blum!

[76] Die Monatsproduktion an Flugzeugen stieg von 35 im Jahre 1938 auf 220 1939 und 300 im Jahre 1940.

[77] Darüber Survey of International Affairs 1936, London 1937, S. 344 f.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



nissen zu kommen. Allerdings verbesserten sich die französisch-englischen Beziehungen, ja es kam zu einer sehr engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Mächten. Blum war sich der drohenden Isolierung Frankreichs bewußt und daher an den Beziehungen zu England besonders interessiert, mußte aber in Kauf nehmen, daß die diplomatische Führung schrittweise an Großbritannien überging.

Dies sollte sich deutlich in der Spanien-Frage zeigen, die wenige Wochen nach der Regierungsübernahme der Volksfront ganz in den Mittelpunkt der außenpolitischen Erörterungen rückte und gleichzeitig den inneren Zusammenhalt der Volksfrontpartner schwerer Belastung aussetzte. Ein Erfolg der Aufständischen mit italienischer und deutscher Unterstützung bedeutete eine dritte faschistische Regierung an den Grenzen Frankreichs und damit eine fast völlige Einkreisung. In Volksfrontkreisen begleitete man die gleichgerichteten Anstrengungen in der spanischen Nachbarrepublik mit lebhafter Sympathie. Der Aufstand gegen die legale Regierung forderte Vergleiche mit dem 6. Februar 1934 und den Ligen heraus. Er mußte als gemeinsame Bedrohung durch den aggressiven Faschismus empfunden werden. Eine energische Hilfeleistung an die spanische Republik drängte sich also auf. Léon Blum, Vincent Auriol und Daladier waren anfänglich dazu entschlossen und leiteten entsprechende Maßnahmen ein, stießen dann aber, nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten aus London, auf den energischen Widerstand der radikalsozialistischen Koalitionspartner Jeanneney, Herriot, Delbos (Außenminister) und Chautemps; der Präsident der Republik, Lebrun, sprach sich ebenfalls ablehnend aus. Auch die Polemik der extremen Rechtspresse, welche die Regierung der Hilfeleistung an Spanien anklagte, scheint Eindruck gemacht zu haben[78]. Im Ministerrat vom 25. Juli 1936 wurde eine offizielle Waffenlieferung abgelehnt und vorerst nur der private Export nach Spanien gestattet. Die Rücksichtnahme auf England, das sich auf kein spanisches Abenteuer einlassen wollte, damals an einem Ausgleich mit Italien arbeitete und in seinen konservativen Kreisen ohnehin Sympathien für Franco hegte, hat dabei wohl entscheidend mitgesprochen, doch ist noch unklar, wie energisch Großbritannien sein „Veto" zum Ausdruck gebracht hat[79]. Als am 30. Juli italienische Flugzeuge in Marokko landen mußten und die offizielle italienische Intervention klar zutage trat, drängte Blum nochmals zur Intervention – er scheint sogar an einen

[78] Evénements I, S. 215f. Die Dokumentation für diese wichtige Frage ist bisher äußerst spärlich. Vgl. dazu und zum Folgenden P.A.M. van der Esch, Prelude to War, The International Repercussion of Spanish Civil War (1936–39), The Hague 1951, S. 52f.; Survey of International Affairs 1937, London 1938, S. 230f.

[79] Der britische Gesandte Clerk habe Delbos informiert, daß „if France should find herself in conflict with Germany as a result of having sold war material to the Spanish Government, England would consider herself released form obligations under the Locarno-Pact". (Esch a. a. O., S. 54.) Das Zeugnis stammt aber vom Spanier Del Vayo und kann nicht überprüft werden. Nach Blums eigener Aussage war die britische Stellungnahme weniger kategorisch. Eden habe ihm auf eine entsprechende Frage geantwortet: „C'est votre affaire, mais je vous demande une seule chose: je vous en prie, soyez prudents!" Evénements I, S. 216. Blum berichtet zudem von Versuchen, durch Admiral Darlan die englische Admiralität zu beeinflussen. Zur englischen Haltung auch Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1947, S. 299.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

© Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rücktritt gedacht zu haben –, entschloß sich dann aber zum Kurswechsel und leitete die Nicht-Interventionspolitik ein. Am 1. August wurde den Mächten ein entsprechender Vorschlag unterbreitet, am 8. August verbot Frankreich den französischen Export nach Spanien, und Anfang September kam es dann, nachdem Italien und Deutschland die Zustimmung im Interesse ihrer Intervention auf Seiten Francos verzögert hatten, zur Bildung des Nicht-Interventionsausschusses in London.

Léon Blum hat gegenüber einer Kritik von Links und in späterer Rückschau seine Nicht-Interventionspolitik damit verteidigt, daß nur so ein allgemeiner Krieg habe verhindert werden können; wirksame Hilfe für das republikanische Spanien hätte mehr als nur die Lieferung einiger Waffen erfordert und außerdem die Intervention auf beiden Seiten gesteigert[80]. 1942 wies Blum zudem darauf hin, daß ein aktives Eingreifen zu einem französischen Bürgerkrieg geführt hätte, den er vermeiden wollte[81]. Das sind Argumente nachträglicher Rechtfertigung, deren Stichhaltigkeit man bezweifeln mag. Die Nicht-Intervention ging in erster Linie auf den Widerstand der Radikalsozialisten und auf die negative Haltung Englands zurück. An guten Beziehungen zum Inselreich wollte und mußte Blum festhalten[82]. Es war zweifellos gewagt, ohne englische Rückendeckung großzügig zu intervenieren, während Frankreich mit einer europäischen Isolierung zu rechnen hatte und dem Machtzuwachs Deutschlands gegenüberstand. So ergab sich die paradoxe Situation, daß sich das Volksfront-Frankreich eng an das konservative England anlehnte und außenpolitisch von diesem sogar ins Schlepptau genommen wurde, gleichzeitig aber die Beziehungen zur Sowjetunion nicht weiter ausbaute. Die Regierung Blum hat keine besonderen Anstrengungen gemacht, die franko-russische Allianz zu verstärken oder sich gar auf Rußland zu stützen. Die militärische Stärke der Sowjets schien zweifelhaft – die große Säuberung hatte eingesetzt –, und die praktischen Möglichkeiten eines sowjetrussischen Eingreifens (Durchmarsch durch Polen) waren höchst unklar[83]. So blieb der Außenminister Delbos mißtrauisch: Rußland mische sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten Frankreichs ein[84].

---

[80] Blum konnte am 5. Dezember 1936 dem Kommunisten Gabriel Pétri entgegnen, daß auch Thorez die letzten Konsequenzen nicht ziehe und einen europäischen Krieg vermeiden wolle. Exercice du pouvoir, S. 192.

[81] Unveröffentlichter Brief vom 9. 9. 1942, zit. bei Audrey, S. 124. Spanien wäre nicht gerettet, sondern Frankreich faschistisch geworden.

[82] Eden am 5. 11. 1936 über die französisch-englischen Beziehungen: „It would be difficult to recall a time when they were better." Survey 1936, S. 345. „Quelles que soient les conséquences sur d'autres terrains, la France doit considérer la collaboration avec l'Angleterre comme la pièce maîtresse de son effort en faveur de la paix." 5. 12. 1936 Salomon Grumbach in der Kammer. Zit. Arnold Wolfers, Britain and France between two wars, New York 1940, S. 151.

Der am Quai d'Orsay sehr wichtige Alexis Léger glaubte nur durch eine französische Nicht-Intervention die englische Neutralität sichern und eine Annäherung Englands an Deutschland und Italien verhindern zu können: The Diplomats 1919–1939. Hrsg. v. Gilbert und Craig, Princeton 1953, S. 391.

[83] Max Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia 1929–1941, vol.II, London 1949, S. 60, Anm. 4.

[84] Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin 1936–39, Bonn 1950, S. 16f. Diese Aussage

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Léon Blum ist seine Entscheidung für die Nicht-Intervention zweifellos schwer gefallen. Es hieß, eine legale und befreundete republikanische Regierung in ihrem Kampf gegen einen von den faschistischen Mächten unterstützten Aufstand im Stiche lassen. Die Nicht-Intervention und das Verbot der Waffenausfuhr nach Spanien bedeuteten faktisch eine Begünstigung der Aufständischen, da eine legale Regierung und die Rebellion einander gleichgesetzt wurden – von der höchst aktiven Intervention der Gegenseite ganz abgesehen! Dabei hielt sich Frankreich an die Nicht-Intervention, noch ehe die Zustimmung der Achsenpartner vorlag, und ohne den Versuch zu machen, den Abschluß der Konvention zu verzögern[85]. Blum hat später selbst seine Haltung kritisiert[86]; er scheint mit seiner Vorleistung gehofft zu haben, die Achsenmächte zur Einstellung ihrer Intervention veranlassen zu können.

Eines muß jedoch hier festgehalten werden: heute kritisieren auch „bürgerliche" Historiker die Nicht-Interventionspolitik Léon Blums, vor allem die angezeigte Bereitschaft, sich strikt daran zu halten, während auf der Gegenseite der Sieg Francos vorbereitet wurde. Man muß sich aber die damalige Haltung des europäischen Bürgertums – auch in den westlichen Demokratien – ins Gedächtnis rufen: mit welcher Leidenschaftlichkeit wurde die spanische Regierung von 1936 als kommunistisch bezeichnet und ein Sieg Francos erhofft, wie scharf verurteilte man ausgerechnet Blums Politik als Hilfeleistung für die „Roten", und zwar als eine von Moskau inspirierte Hilfeleistung! In Frankreich war diese Auseinandersetzung von besonderer Schärfe. Seit Stresa und Abessinien hatte die Rechte ihre bekannte Frontschwenkung vollzogen und die Vertreter der Volksfront der Kriegstreiberei („bellicistes") anzuklagen begonnen, während sie selbst am faschistischen Italien Rückendeckung zu gewinnen versuchte. Selbst die Anlehnung an Großbritannien wurde als ein Versagen und als Verrat an den Interessen Frankreichs ausgelegt[87]. Es wurde hier völlig verkannt, daß gerade Léon Blum auf eine Außenpolitik der Linken verzichtet und im nationalen Interesse Anlehnung an England gesucht und gefunden hatte.

9. Während Blum seine Gegner von rechts nicht entwaffnen konnte, blieb er gleichzeitig der Kritik und den Angriffen von links ausgesetzt: der linke Flügel der eigenen Partei (Zyromski und die Fédération de la Seine), die CGT-Führung – auch Jouhaux –, vor allem aber die kommunistische Partei verlangten eine energische

---

bezieht sich allerdings auf Oktober-November 1936. Reynaud weist auf den Widerstand des pazifistischen Flügels innerhalb der SFIO hin, der den Pakt mit Rußland als Steigerung der Kriegsgefahr ausgelegt und daher abgelehnt habe. (La France a sauvé l'Europe, I, S. 125.)

[85] Audry, S. 124. Ihre kritische Interpretierung muß aber als primitive ideologische Verzeichnung bewertet werden. Ebenso Marceau Pivert, Juin 1936, Revue socialiste a. a. O., S. 28–31.

[86] Am 6. 9. 1936: Exercice du pouvoir, S. 182. Blum erwähnt Versuche der Regierung, Waffen auf Umwegen nach Spanien zu liefern. Die Nicht-Intervention sei erst begonnen worden, als die Lieferung von 40–50 kaum brauchbaren Flugzeugen eingeleitet war. Evénements I, 217, 219.

[87] Diese an sich bekannte Situation wird gut illustriert durch Alfred Fabre-Luce, Le Secret de la République, Paris 1938.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Hilfe für das republikanische Spanien und lehnten die Nicht-Intervention ab. Moskaus Politik gegenüber Spanien ist noch nicht völlig durchsichtig[88]; fest steht, daß es sich anfänglich erstaunlich zurückgehalten hat und – im Interesse seiner Beziehungen zu den Westmächten – lieber neutral geblieben wäre, dann aber die spanische Republik nicht offen im Stich lassen konnte und daher schließlich durch Materialsendungen und Aufstellung der Internationalen Brigaden eingriff. Auch in der spanischen Innenpolitik hat es zuerst den revolutionären Antrieb gebremst, dann durch Einsatz seiner GPU-Agenten die Anarchisten und Linkssozialisten bekämpft und die Kontrolle zu erlangen versucht. Unklar bleibt, seit welchem Zeitpunkt der Kreml an einem Sieg der Republik nicht mehr interessiert war.

Jedenfalls griff die kommunistische Partei die spanische Frage auf, um Blum und seine Regierung zu attackieren[89]. Zwar gewährte sie weiterhin parlamentarische Unterstützung – das war zur Aufrechterhaltung des Volksfront-Mythos unumgänglich und konnte als opferbereiter Verzicht auf eigene Ansprüche ausgelegt werden; aber sie inszenierte gleichzeitig Manifestationen, Streiks, parlamentarische Debatten, Diskussionen im Koordinationskommitee der Volksfront. Und es ging offensichtlich nicht nur um die Spanienfrage. Die kommunistische Partei protestierte gegen den freundlichen Empfang Schachts in Paris (der gar nicht so freundlich gewesen war!), drängte „Blum à l'action", bekämpfte Wirtschaftspolitik und Abwertung[90] und widersetzte sich gleichzeitig einer Kontrolle des Gold- und Devisenhandels. Inwiefern sie für die vielen neuen, anscheinend wilden Streiks (u. a. Weltausstellung 1937) verantwortlich gemacht werden kann, bleibe dahingestellt[91]. Obschon die Kominternführung wiederum heftig gegen die sozialistische Internationale polemisierte, wurde einmal mehr die Verschmelzung mit der sozialistischen Partei gefordert. Vor allem aber sollte die Volksfrontregierung nun nach rechts zu einer „Front français" erweitert werden, unter Einschluß aller national gesinnten Kreise, selbst der „Croix du feu"! Mit dieser offensichtlichen Desavouierung der Volksfront sollten Léon Blum und die Volksfrontregierung überspielt und durch ständige Kritik bei den Massen kompromittiert werden; es galt, mit der Politik der „surenchère" die Machtbasis der KPF und innerhalb der CGT die neugewonnenen Positionen auszubauen. Dies ist fraglos weitgehend gelungen; insbesondere machte die „Kolonisation" der Gewerkschaften Fortschritte[92]. Gleichzeitig aber sollten auch die „classes

---

[88] Franz Borkenau, The Communist International, London 1938, S. 407; ders., Europäischer Kommunismus, S. 152f. Beloff a. a. O., S. 28f.

[89] Borkenau, Europäischer Kommunismus. S. 179f. Maurice Paz, Echec de 1936, in: La Nef Nr. 65/66, 1950.

[90] Borkenau geht zu weit, wenn er die PCF für die Kapitalflucht, die finanziellen Schwierigkeiten und die Abwertung verantwortlich macht, a. a. O., S. 191.

[91] Borkenau sieht jeweils nur geplante kommunistische Sabotageakte gegen die Regierung Blum. Montreuil weist auf die Aktivität der unteren Chargen hin, die ohne Zustimmung der Zentralen gehandelt hätten (a. a. O., S. 493). Collinet a. a. O., S. 126 ähnlich; er erwähnt die Enttäuschung innerhalb der Arbeiterschaft angesichts der steigenden Preise, der kollektiven Arbeitsverträge und der Schiedsgerichtsurteile.

[92] Über die Methoden ausführlich Collinet a. a. O., S. 121f.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



moyennes" und die Bauern erfaßt werden. Welche Ziele Moskau dabei verfolgte, ist kaum mit Sicherheit zu sagen. Glaubte man, in Frankreich selbst an die Macht zu kommen, oder wollte man einer radikalsozialistischen Regierung den Weg bahnen? Ging es noch immer um eine Festigung des westlichen Partners, oder war man an einer Verschärfung der Spannungen zwischen Paris und Berlin interessiert? Jedenfalls wird man den deutsch-russischen Nichtangriffspakt von 1939 im Auge behalten und im kommunistischen Verhalten eine zwei- oder mehrgleisige Politik erblicken müssen[93]. Wichtig bleibt, daß Moskau die Volksfront in keiner Weise loyal unterstützt und faktisch spätestens ab Ende 1936 sabotiert hat.

Léon Blum und die sozialistische Partei haben sich gegenüber dieser kommunistischen Kritik eher passiv und defensiv verhalten. Der Nationalausschuß der SFIO hat zwar am 2. September 1936 deutlich gegen den Sinowjew-Prozeß Stellung bezogen, die Partei wies kommunistische Kritik zurück, lehnte mehrheitlich die Verschmelzung an der Basis ab und verteidigte die offizielle Spanienpolitik; innerhalb der Gewerkschaften begann im Oktober 1936 die Zeitschrift „Syndicats" (Belin, Dumoulin) gegen die kommunistischen Kolonisationsbestrebungen aufzutreten[94]. Aber es ist doch so, daß sich Léon Blum geweigert hat, auf eine eigentliche Klarstellung und eventuelle Kampfansage einzugehen. Er hatte am 31. Mai 1936 offen erklärt, niemals ohne kommunistische Unterstützung regieren zu wollen, und sich damit weitgehend den kommunistischen Manövern ausgeliefert. Er hatte zwar vor der Bildung der Einheitsfront 1934–35 gezögert und sein Mißtrauen gegenüber der neuen kommunistischen Taktik bekundet, sich dann aber die Politik der Volksfront ganz zu eigen gemacht. Eine Kampfansage an die Kommunisten mußte die eigene Regierung gefährden, jedenfalls den Radikalsozialisten vermehrtes Gewicht geben und die SFIO Anschluß nach rechts suchen lassen. Gerade dies aber wollten die Sozialisten vermeiden. Der kommunistische Vorschlag eines „Front français" stieß auf schärfste Ablehnung; er bedeute Aufgabe der Volksfront, Paktieren mit antidemokratischen

[93] Borkenau a. a. O., S. 185f. kann uns nicht überzeugen: Moskau sei es darum gegangen, Anschluß an die Radikalsozialisten zu finden, um nicht mehr als revolutionäre Umsturzpartei zu erscheinen und damit für Hitler bündnisfähig zu werden – bei gleichzeitiger Ausweitung der Massenbasis. Dieses Doppelspiel Stalins sei zu raffiniert gewesen und habe keinen Erfolg gebracht, da sich die Radikalsozialisten nicht darauf eingelassen hätten. Er stützt sich wesentlich auf W. G. Krivitskij, In Stalins secret service, New York 1939, S. 36, der bekanntlich die These vertritt, daß Stalins Außenpolitik ab Juni 1934 eine Allianz mit Hitler angestrebt habe. Coulondre a. a. O., S. 58 nimmt an, daß Stalin zuerst geglaubt habe, ein Frankreich der Volksfront unter direkten Einfluß zu bekommen. Als dies nicht gelang, sei er an einem starken Frankreich – also einem bürgerlich-„nationalen" – interessiert gewesen. Daher Litwinows Anspielungen auf Clemenceau und Poincaré. Ab April 1937 stellt er eine „zunehmende Zweideutigkeit der russischen Außenpolitik" fest (S. 176). Georg von Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955, S. 361–363, sieht die Zweigleisigkeit 1936/37 darin, daß Stalin einerseits mit der Volksfront die Westallianz gegen Hitler festigen wollte, anderseits durch die Steigerung des Masseneinflusses unter Umständen doch noch zur Macht zu kommen hoffte.

[94] Jouhaux wandte sich gegen die Kommunisten, als er im April 1937 gewisse Streikaktionen kritisierte: Ehrmann, S. 73. Im übrigen nahm er eine vermittelnde Position ein.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Gruppen, Chauvinismus und eine gefährliche – von den Kommunisten anscheinend gewünschte – Verschärfung der außenpolitischen Lage[95]. Andererseits wollte man, trotz aller Kritik an der von Moskau gesteuerten KPF, die in der Volksfront neu realisierte Einheit der Arbeiterklasse erhalten. Auch außenpolitisch blieb man an guten Beziehungen zur Sowjetunion – trotz aller Spannungen – interessiert. Jedenfalls sollte die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Partei nur sehr zurückhaltend und wenn möglich nicht in der Öffentlichkeit erfolgen, da dies als Unsicherheit der Volksfront interpretiert und von den politischen Gegnern ausgewertet worden wäre. Daß man damit der KPF die Möglichkeit verschaffte, ihre Kolonisationspolitik fortzusetzen und weitere Positionen innerhalb der Arbeiterschaft zu gewinnen, wurde entweder nicht erkannt oder in Kauf genommen. Erst das kommunistische Einschwenken auf den deutsch-russischen Nichtangriffspakt von 1939 hat hier einen entscheidenden Einschnitt vollzogen.

Am 13. Februar 1937 hat Léon Blum die „Pause" angekündigt: vorläufiges Ende weiterer Sozialgesetze, Einschränkung der Staatsausgaben, Erhöhung der Eisenbahntarife, Appell an die Finanzkreise u. a. m. Doch auch dies brachte keine Konsolidierung. Die Opposition der bürgerlichen Rechten war nicht zu entwaffnen, während die Kommunisten ihre Politik der „surenchère" fortsetzten. Vor allem aber hatte die Kritik an der Regierung Blum auch bei den Radikalsozialisten Boden gewonnen. Fabrikbesetzungen und Demonstrationen hatten ihre vorwiegend kleinbürgerliche Anhängerschaft beunruhigt; Inflation und Abwertung, Sozialgesetzgebung und Vierzigstundenwoche mußten gerade in diesen Kreisen als Gefährdung der eigenen Existenz empfunden werden. Insbesondere im ohnehin konservativen Senat mit seiner starken Vertretung des ländlichen Frankreich nahmen Mißstimmung und Mißtrauen zu. Und so war es denn auch der Senat, der Blum am 21. Juni 1937 die Erteilung von Vollmachten zur Einführung der Devisenkontrolle verweigerte und die Regierung zur Demission zwang. Linkssozialistische Kreise – vor allem etwa in der Fédération de la Seine – drängten zum Widerstand gegen diese Entscheidung des Senats. Léon Blum jedoch hielt sich an die parlamentarischen Spielregeln – trotz seiner bei Regierungsantritt ausgesprochenen Drohungen! Es zeigte sich nun, daß er weder willens noch vorbereitet war, den Schritt aus der Legalität heraus zu tun und vom „exercice du pouvoir" zur „conquête du pouvoir" überzugehen. Allerdings kannte er wohl auch die innere Schwäche der eigenen Partei und wollte im Moment der außenpolitischen Gefährdung die Republik nicht in innere Unruhen stürzen[96]. Die Volksfront wurde vorerst offiziell aufrechterhalten mit schnell sich ablösenden Kabinetten. Sozialisten wie Radikalsozialisten zeigten Hemmungen, einander die Partnerschaft aufzusagen und die Brücken zu den Kommunisten abzubrechen. Das offizielle Ende der Volksfront bezeichnete erst der 10. November 1938 – nach München –, als sich die Radikalsozialisten aus dem Koordinationskomitee der Volksfront zurückzogen.

---

[95] Dieser Auseinandersetzung diente die genannte Broschüre Georges Izards S. 36.

[96] Audry, S. 147, im Urteil wiederum entsprechend verzerrt.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



10. Ein Gesamturteil über Erfolg und Mißerfolg der Volksfront kann nur mit betonter Zurückhaltung erfolgen. Weder die These von „Links", die Volksfront habe Frankreich vor dem Faschismus gerettet, sie habe eine großzügige französische Erneuerung im Interesse der Arbeiterschaft eingeleitet und sei nur am intransigenten Widerstand des bereits weitgehend faschistisch orientierten kapitalistischen Bürgertums gescheitert, noch die gegensätzliche, die Léon Blum für die mangelhafte Rüstung Frankreichs und die Niederlage von 1940 verantwortlich machen möchte, ist haltbar. Man wird in der Volksfront vorerst eine typisch französische Reaktion auf die Krisensituation der Jahre nach 1932 sehen müssen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die innere Krise des parlamentarischen Regimes und die Aktivität antiparlamentarischer Ligen führten zu einer Reaktivierung der französischen Linkstradition. Die Sachwalter der Republik sahen sich in eine Abwehrposition gedrängt, die nur im Zeichen der „défense républicaine" unter Führung der „Gauche" erfolgen konnte. Dies um so mehr, als die bürgerliche Rechte offensichtliche Schwächezeichen aufwies und in steigendem Maße mit dem italienischen Faschismus sympathisierte. Allerdings war die „défense républicaine", im Vergleich zur Zeit vor 1914, problematisch geworden, insofern sie die Kommunisten einschloß und somit die politische Ordnung der Dritten Republik nicht mehr voll anerkannte. Links- und Rechtsextremismus hatten den Spielraum bereits weitgehend eingeengt. Dennoch war die Volksfront anfänglich eine echte Massenbewegung – nicht nur eine Parteienkoalition –, die in ihrem Willen zur Verteidigung der Republik und in ihrer Hoffnung auf eine wirtschaftlich-soziale Erneuerung des Landes ernst genommen werden muß. Diese Erwartungen wurden enttäuscht, ja – so wird der Historiker sagen dürfen –, mußten enttäuscht werden, da die Voraussetzungen für ihren Erfolg nicht gegeben waren.

Die Regierung Léon Blum war faktisch doch weitgehend eine Koalitionsregierung. Keine Partei hatte eine parlamentarische Mehrheit erlangt, die ihr die konsequente Durchführung eines bestimmten Programms gestattet hätte. Auch die Verbindung Radikalsozialisten–Sozialisten ergab keine Majorität, so daß auf die kommunistische Unterstützung nicht verzichtet werden konnte. Eine weitgehende Übereinstimmung hat nur in den defensiven Positionen und während des Wahlkampfs bestanden. Nach der Regierungsübernahme jedoch war Léon Blum an die Zustimmung der linksbürgerlichen Radikalsozialisten gebunden, die nicht bereit waren, auf eine sozialistische Wirtschaftspolitik einzuschwenken und ihre Unterstützung an entsprechende Bedingungen knüpften. Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft, Bauern und Kleinbürgertum hat sich nicht ergeben. Es rächte sich nun, daß die SFIO – im Unterschied zur Labourpartei, der SPD und den skandinavischen Sozialisten – in der Zwischenkriegszeit die Eingliederung in den bestehenden demokratisch-parlamentarischen Staat nur teilweise vollzogen, den Eintritt in eine Koalitionsregierung immer wieder abgelehnt und ihre marxistisch-revolutionäre Phraseologie weitergepflegt hatte, ohne Rücksicht auf die starken „Verbürgerlichungs"-Tendenzen innerhalb der Anhänger- und Wählerschaft, ohne Rücksicht auch auf die neue außenpolitische Situation, die sich mit dem Jahre 1933

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



ankündigte. Ja, der linke Parteiflügel konnte Positionen gewinnen und verschärfte den antimilitaristischen Kurs der Partei, teils mit pazifistischen Argumenten, teils mit einer vehementen revolutionären Frontstellung gegen den bürgerlichen „Klassenstaat". Léon Blum, der nach dem Ausscheiden der Neo-Sozialisten dem rechten Flügel nahestand, mußte Konzessionen machen und durfte partei-ideologisch die revolutionäre Zielsetzung nicht aufgeben. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung jedoch war man faktisch zu einer reformistischen Politik gezwungen: man mußte mit den bürgerlichen Radikalsozialisten zusammenarbeiten, auf Strukturreformen im wirtschaftlich-sozialen Bereich weitgehend verzichten, ja im Einklang mit dem bisherigen „Klassenfeind" die Aufrüstung vorantreiben. Allein, diese Anpassung an die gegebene Lage und Aufgabe war parteiintern weder ideologisch noch organisatorisch genügend vorbereitet. Dank dem gewaltigen Ansehen Blums standen die Führungsgremien der Partei wie der CGT zwar im allgemeinen hinter der Regierung, doch die Fraktionen innerhalb der SFIO, der lose Organisationsaufbau und die syndikalistische Tradition der französischen Arbeiterbewegung ließen keine disziplinierte Gefolgschaft zu und schufen eine Atmosphäre der Unruhe, welche die Volksfront als solche kompromittierte. Die kommunistische Partei hat dies noch gefördert. Zwar hat sie zum Wahlerfolg von 1936 wesentlich beigetragen und im Parlament eine klare Mehrheit gesichert, innerhalb der Koalition aber hat sie als desintegrierender Faktor gewirkt. Man kann zwar nicht sagen – obschon dies von Rechtskreisen ständig behauptet wurde –, daß Léon Blum im Fahrwasser der KPF gestanden und jeweils ihrem Druck nachgegeben hätte; aber es gelang der kommunistischen Partei, im Zeichen der Volksfront initiativ voranzugehen, durch Kurswechsel und Kritik die SFIO unter Druck zu setzen, die „mystique socialiste" zu übernehmen und so auch organisatorisch die eigenen Positionen, insbesondere in der Arbeiterschaft und bei den Intellektuellen, auszubauen. Die Koalition zwischen Radikalsozialisten, Sozialisten und Kommunisten erwies sich demzufolge als zu inkohärent, um eine sichere Basis für eine zielstrebige Wirtschafts- und Finanzpolitik abzugeben.

Das „Experiment Blum" ist denn auch im wesentlichen gescheitert. Unter dem Druck der Massenstreiks war zwar ein großes Reformprogramm angenommen worden, doch hat sich die Lage der Arbeiterschaft nur wenig gebessert. Es zeigte sich, daß die Theorie der Kaufkraft fragwürdig – mindestens lückenhaft – und der französischen Wirtschaftslage nicht angepaßt war. Die mit der massiven Erhöhung der Löhne gleichzeitig erzwungene Herabsetzung der Arbeitszeit hat sich zweifellos negativ ausgewirkt und wesentlich zu einer Stagnation der Produktion geführt. Dies um so mehr, als von seiten der Arbeiterschaft wenig Verständnis für die gegebenen Bedingungen der industriellen Produktion aufgebracht wurde und sowohl die strikte Einhaltung des Überstundenverbots als auch die produktionshemmende Fünftagewoche die notwendigen Anpassungen erschwerten oder unmöglich machten. Es besteht kein Zweifel, daß hier die Regierung der Volksfront der außerparlamentarischen Pression nachgegeben hat oder nachgeben mußte und ihrem gesamtverantwortlichen Führungsanspruch nicht gerecht wurde.



Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Es erwies sich zudem als innerer Widerspruch, ein Wirtschafts- und Finanzprogramm der Volksfront innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Systems und mit dessen Mitteln realisieren zu wollen, nachdem man selbst dieses System seit langem als „ausgelebt" und unfähig dargestellt hatte und auf seine Revolutionierung nicht verzichten wollte. Das notwendige Vertrauen war unter diesen Umständen – trotz Konzessionen – nicht zu erlangen. Es muß des weiteren beachtet und in Rechnung gestellt werden, daß das Jahr 1936, in dem Außenpolitik und Aufrüstung immer mehr in den Vordergrund rückten, für das Gelingen des „Experiments Blum" keinen günstigen Ausgangspunkt bot. Wir haben darauf hingewiesen, daß Léon Blum keineswegs Rüstungs- und Außenpolitik vernachlässigt oder gar seiner Innenpolitik geopfert hat; im Gegenteil, die Volksfrontregierung war durch die Dringlichkeit der Aufrüstung und der außenpolitischen Stellungnahme in ihrer innenpolitischen Bewegungsfreiheit gehemmt, ohne doch die Energie zu besitzen und innerlich bereit zu sein, eine völlige Umstellung vorzunehmen. Der traditionelle Pazifismus, das Mißtrauen gegenüber der Armee und den „marchands de canons" und die vorwiegend innenpolitische Blickrichtung erwiesen sich in weiten Kreisen sowohl der SFIO wie der Gewerkschaften als zu tief verwurzelt, als daß die notwendige Anpassung an die außenpolitische Lage erfolgt wäre. Hinzu kommt, daß das Bürgertum zu keinem Entgegenkommen bereit war und mit allen Mitteln den Sturz Blums anstrebte. Die Klassenspannungen ließen nicht nach, sondern spitzten sich gerade in der Auseinandersetzung um die Volksfront weiter zu. Die Volksfront unter Führung Léon Blums hat daher im Zeichen der „défense républicaine" wohl antifaschistische Kräfte aufrufen können, aber es ist ihr nicht gelungen, diese Energien im wirtschaftlichen, außenpolitischen und geistigen Bereich zur Auswirkung gelangen zu lassen und die so sehr erhoffte und so dringend nötige Erneuerung anzubahnen.

Jahrgang 7 (1959), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte